

Ausgewählte Beiträge

Deutschland 100 ... Afghanistan

Freundschaft verpflichtet ...
XXIX. Afghanistan-Tagung 2015

Ausgewählte Beiträge der XXIX. Villigster Afghanistan-Tagung

27.-29. November 2015, Evangelische Akademie Villigst

Deutschland und Afghanistan verbindet eine wechselvolle 100-jährige Geschichte. Die Beziehungen gehen weit über das prägende Ereignis des Bundeswehreinsetzes der letzten 14 Jahre hinaus: Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft sind nur einige Bereiche, in denen über diesen langen Zeitraum hinweg unzählige Begegnungen zwischen den Ländern die Beziehungen ausgemacht haben. Begonnen hatte es mit der von Kaiser Wilhelm II beauftragten Mission des deutschen Diplomaten Werner Otto von Hentig im Ersten Weltkrieg...

Die XXIX. Villigster Afghanistan-Tagung widmete sich zum einen der wechselvollen Geschichte und den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan. Diese galt es kritisch zu würdigen, aber auch zu feiern. Zum anderen bestimmten die aktuelle Situation in Afghanistan, ein Jahr nach dem Regierungsantritt von Präsident Ashraf Ghani, und die Chancen und Herausforderungen für den Weg in eine dauerhafte stabile und friedliche Zukunft des durch mehr als 30 Jahre Krieg und Gewalt geplagten Landes am Hindukusch die Beiträge und Themen der Tagung.

1984 fand die erste „Iserlochner Afghanistan-Tagung“ statt. Damit begann eine Tradition, die bis heute fortgesetzt wurde und die immer wieder zentrale Aspekte der wechselvollen politischen wie gesellschaftlichen Entwicklung des Landes und der gesamten Region in den Fokus nimmt. Wie in jedem Jahr, wurde auch diesmal die Tagung maßgeblich von den in Deutschland lebenden und vielfältig engagierten Afghaninnen und Afghanen mit gestaltet.

Die Dokumentation versammelt ausgewählte Beiträge der XXIX. Villigster Afghanistan-Tagung in 2015. Ergänzt werden diese durch zwei aktuelle Publikationen von Winfried Nachtwei, die dieser dankenswerterweise zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt hat und die in besonders eindrücklicher Weise den Horizont der Ereignisse im Nachgang zur Tagung in den Blick nehmen und kommentieren. Allen Autoren gilt ein herzlicher Dank.

Villigst, im September 2016

Uwe Trittman
Evangelische Akademie Villigst

Freundschaft verpflichtet... - Ausgewählte Beiträge der XXIX. Villigster Afghanistan-Tagung 2015.
© Evangelische Akademie Villigst, September 2016. Alle Rechte liegen bei den Autoren.
www.akademie-villigst.de

Freundschaft verpflichtet **– Hundert Jahre deutsch-afghanische Beziehungen –**

Dr. h. c. Ernst-Albrecht von Renesse¹

1. Die Vorgeschichte

Erste Anfänge der afghanisch-deutschen wechselseitigen „Wahrnehmungen“ lassen sich auf den Anfang des wilhelminischen „Deutschen Reiches“ zurückverfolgen. So wenigstens datiert sie der leider vor wenigen Jahren zu früh verstorbene mehrfache Minister und frühere stellvertretende afghanische Premierminister Dr. A. Samed Hamed auf dem „Berliner Kongress“ des Jahres 1878, auf dem sich der erste deutsche Reichskanzler Otto v. Bismark als „ehrlicher Makler“ ernsthaft bemüht hatte, das unterschiedliche Imperialstreben der Großmächte der damaligen Zeit durch Kompromisse einzugrenzen.

Dazu hatte auch gehört, im „big game“, dem großen Spiel Englands und Russlands um die Dominanz über Afghanistan, die damals drohende Kriegsgefahr beider Anrainer-Mächte (zunächst) abgewendet zu haben.

Afghanistan war damit über die beiden Afghanistan-Kriege Englands hinaus auf die Agenda der damaligen Hauptmächte in Europa gesetzt worden.

2. Der Auftrag der Delegation um Werner Otto v. Hentig, im 1. Weltkrieg, eine „zweite Front“ in Zentralasien gegen Großbritannien zu initiieren

Um die Westfront zu entlasten, entstand im beratenden kleinen Militärkabinett um den deutschen Kaiser Wilhelm II. die Idee, durch geeignete Maßnahmen und politische Versprechungen einen Aufstand in dem damals an Afghanistan angrenzenden „Britisch-Indien“ auszulösen. Dem entsprechend erhielt Ende März 1915 der deutsche, orienterfahrene Nachwuchs-Diplomat, der Legationssekretär und Reserveoffizier der Wrangel-Kürassiere, Dr. Werner Otto v. Hentig, an der russischen Front den fernschriftlichen Befehl – mit einem Beglaubigungsschreiben von Kaiser Wilhelm II. ausgestattet – sich mit einer kleinen Delegation von Berlin aus über die inzwischen befreundete Türkei bis nach Kabul „durchzuschlagen“, um in Zentralasien einen Aufstand gegen Großbritannien und die dortige Kolonialarmee auszulösen. Der Auftrag umfasste auch die Aufgabe, den in Berlin weilenden, national-engagierten, indischen Fürsten Radjah Mahendra Pratas sicher nach Kabul zu bringen, damit der von dort aus seine national gesonnenen fürstlichen Standesgenossen in Britisch-Indien zum Aufstand gegen die Kolonialmacht Großbritannien aufwiegeln konnte und sollte.

Hentig selber sollte den damaligen afghanischen Herrscher Habibullah gegen die Garantie vollständiger afghanischer Souveränität und innen- und außenpolitischer Unabhängigkeit des Landes (verbürgt durch das Kaiserreich Deutschland) zu einem Einfall mit seiner kleinen Armee nach Britisch-Indien veranlassen.

Hentig erklärte sich zur Durchführung dieser ungewöhnlichen Mission „gehorsam“, aber wohl auch mit einer gewissen Abenteuerlust, bereit.

¹ Dr. h. c. Ernst-Albrecht von Renesse gehört zu den Mitbegründern der Villigster Afghanistan-Tagungen im Jahr 1984. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Instituts für Entwicklungsforschung an der Ruhr-Universität Bochum (1965 – 1995) hat er sich für die Partnerschaft mit der Universität Kabul engagiert. Seit 1967 hat er Afghanistan mehrfach bereist und bis in die Gegenwart eine Reihe von Publikationen über das Land veröffentlicht.

Mit dem später recht anmaßenden indischen Fürsten „im Gepäck“ brach v. Hentig am 14. April 1915 in Berlin mit 7 freigelassenen Ex-Kriegsgefangenen aus dem Stamme der Afridis, aus dem Borderland, dem auch heute noch quasi staatsgewaltlosen Niemandsland der damaligen Nordwestprovinz Indiens (also heute der North-Western Frontier Provinces) auf, um zunächst mit Bahn, Schiff und später zu Pferde die über 3000 Meilen Distanz über Konstantinopel (=Istanbul), Aleppo und Bagdad bis an die persische Grenze zu überwinden.

Von dort galt es „nur noch“ die rund 600 km lange Salzwüste Kewir mit Reit- und Fußmärschen von täglich zwischen 30 und 130 km unbemerkt von britischen Patrouillen bis nach Kabul zu durchqueren.

Tatsächlich gelang es der Gruppe von W.O. v. Hentig nach Herat in Afghanistan zu gelangen und Ende September 1915 nach langer Wartezeit später in der Sommerresidenz des afghanischen Amirs Habibullah in Pagman empfangen zu werden.

Unterwegs war zur Hentigs-Delegation noch eine kleine militärische „Bedeckung“ unter dem Hauptmann Oskar Niedermayer hinzugestoßen.

Niedermayer wurde nach der „Expedition“ noch Ende des ersten Weltkrieges in Bayern zum Ritter v. Niedermayer geadelt, stieg im zweiten Weltkrieg zum General und Kommandeur von hilfswilligen russischen Kosaken auf, geriet in russische Kriegsgefangenschaft und wurde als deren Anführer in der UdSSR liquidiert.

In Kabul angekommen, bemühte sich der Legationssekretär Dr. Werner Otto v. Hentig als diplomatischer Delegationsleiter wochenlang in vertrauensbildenden Verhandlungen darum, den vorsichtigen und misstrauischen Amir Habibullah - allerdings vergeblich - zu überzeugen, dem amtlichen Auftrag der deutschen kaiserlichen Regierung zu vertrauen, der doch die Garantie der vollen Anerkennung der Souveränität Afghanistans durch die Regierung seines Monarchen Wilhelm II. enthielte. Dabei versuchte er Habibullah auch klar zu machen, dass der Augenblick zu Befreiung Indiens durch einen afghanischen Einfall - gestützt auf die Erfolge der Mittelmächte - günstig, und die Zeit reif sei, in Afghanistan und in Indien die englische außenpolitische Bevormundung abzuschütteln.

In seinen Bemühungen, im Interesse der Mittelmächte eine zweite Front gegen die Engländer zu errichten nahm Hentig besonders auf das britisch-afghanische Abkommen von 1907 Bezug, das die Afghanen außenpolitisch verpflichtet hielt, diplomatische Beziehungen nur zu England und zu dessen Vizekönig in Indien zu unterhalten.

Der Emir blieb Hentig gegenüber jedoch skeptisch und wartete auf das Eintreffen der türkischen Truppen, die ihm u. a. von Niedermayer versprochen worden waren, und die seinen Einfall nach Britisch-Indien unterstützen sollten.

3. Der Fehlschlag der Hentig-Mission und die Afghanisten-Klausel im Deutsch-Russischen (=Sowjetischen) Sonderfriedensabschluss in Brest-Litowsk am 3. März 1918

Nachdem Hentig wochenlang erfolglos bei dem afghanischen Amir Habibullah antichambriert hatte und an der Westfront außenpolitisch vermittelbare Erfolge der Deutschen ausblieben, sah sich Hentig in Übereinstimmung mit dem damaligen deutschen Kanzler (seinem Auftraggeber) genötigt, seine Mission abzubrechen und dem Amir seine Abreise anzukündigen.

Bis zum Abbruch der letztlich vergeblichen Verhandlungen mit Amir Habibullah, der später unter ungeklärten Umständen in seinem Winterlager in Djalalabad 1919 ermordet wurde, hatten Nieder-

mayer und die drei aus russischer Kriegsgefangenschaft nach Afghanistan geflohenen österreichischen Offiziere Schreiner, Ribitschka und Ruhland insbesondere die afghanische Artillerie an 1903 (Kreutzmann) von Deutschland gelieferten Krupp-Haubitzen trainiert. Sie machten mit afghanischen Soldaten und Offizieren erfolgreiche öffentliche Schieß- und Gefechtsübungen.

In seinen Verhandlungen hatte Werner Oto v. Hentig den Monarchen auch zu überzeugen versucht, dass es auch ökonomisch sinnvoller sei, sich von den Hilfslieferungen (den sog. „Allowances“) in Geld und Material aus Britisch-Indien zu befreien und „nachhaltiger“ über eine allgemeine Verwaltungs-Schul- und Heeresreform mit entsprechenden Trainingsschulen das Land zu modernisieren.

Nach dem Eintreffen erheblicher Subsidien aus England bei Amir Habibullah löste Hentig seine Gruppe zwecks verschieden zu wählender Rückkehrorten auf und machte sich selbst am 21. Mai 1916 erneut zu Pferde mit 2 Begleitern auf den Weg nach Berlin.

Er durchquerte in ca. 100 Tagesritten die Wüsten bis und durch China, erreichte Shanghai, schlug sich von dort als blinder Passagier – 21 Tage lang im Versteck auf dem amerikanischen Dampfer „Ecuador“ – bis Honolulu durch, schwamm dort an Land und stellte sich später in San Francisco den amerikanischen Behörden. Nach der Kriegserklärung der USA an das Deutsche Kaiserreich erhielt Hentig als ausgetauschter Diplomat eine Passage nach Europa und berichtete am 21. Juni 1917 schriftlich seinem Auftraggeber, dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, über die Ergebnisse seines Auftrags, über seine Reiserouten und über Einzelheiten seiner ungewöhnlichen diplomatischen Mission.

Sein umfassender Bericht „Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land“ – 1917 im Ullstein Verlag Berlin erschienen – wurde ein Bestseller und machte Hentig zu einer legendären Figur und weckte in Deutschland das Interesse für das unbekannt Land am Hindukusch.

Nach diesem allem ist es aus meiner, vielleicht auch allgemeinen deutschen Sicht wohl berechtigt, den Beginn der Beziehungen beider Völker in der Expedition von W.O. v. Hentig zu sehen. So auch Albrecht Jebens in seinem umfangreichen und bebilderte Bericht: Erinnerungen an den 1. Oktober 1915 Hundert Jahre deutsch-afghanische Freundschaft.

Es ist nicht nachzuweisen – aber das gilt für viele „Wirkungsgeschichten von Ereignissen“ – ob und in welchem Umfang der vorerwähnte Bestseller und der Autor die politische Öffentlichkeit im Kaiserreich für Afghanistan und seine Probleme aufgeschlossen hat. Jedenfalls gibt es einen engen zeitlichen Zusammenhang zwischen der Popularisierung Afghanistans und einer deutsch eingebrachten Sonderklausel im Deutsch-Russischen (Sowjetischen) Sonderfriedensabschluss vom 3. März 1918 mit der das Deutsche Reich ausdrücklich – und damit als 1. europäischer Staat und ein Jahr vor England – die vollständige Unabhängigkeit Afghanistans im Vertrag von Brest-Litowsk völkerrechtlich anerkannte.

4. Der Anfang der Modernisierung Afghanistans und der deutsche Einfluss in Afghanistan vor und nach dem Abschluss des Deutsch-Afghanischen Freundschaftsvertrages von 1926

Als Folge innerafghanischer Fraktionskämpfe – aus denen die antibritischen als Sieger hervorgegangen waren – wurde Habibullah am 19. Februar 1919 in Jalalabad ermordet. Sein Sohn und Nachfolger Amanullah ließ am 3. Mai 1919 seine Truppen tatsächlich nach Britisch-Indien einfallen und errang als Folge im Friedensvertrag von Rawalpindi vom 8. August 1919 von England auch die vollständige außenpolitische Unabhängigkeit des Landes. Er schickte sich alsbald an, die innenpolitische Modernisierung des Landes zu beginnen und sah sich unter anderem in seiner Haltung auch vom „Vater der Türkei“ (Kemal Ata Türk) dazu ermuntert, allerdings bezog er sich dabei auf das im Verhältnis zu Afghanistan stets „positiv neutral“ gewesene Deutschland. So sandte Amanullah bereits 1921 eine af-

ghanische Delegation nach Berlin, um über die Aufnahme wechselseitiger diplomatischer Beziehungen zu verhandeln; 1922 wurden 40 junge Afghanen als afghanische Staatsstipendiaten nach Deutschland geschickt und ein afghanisches Kulturinstitut in München erreicht, das lange Jahre kontaktvermittelnd tätig war. Im Jahre 1923 öffnete die deutsche Gesandtschaft in Kabul ihre Tore; 1924 wurde die deutschsprachige Amani Oberrealschule (später Nedjat Oberrealschule) in Kabul eröffnet, aus der bis heute viele Politiker und Minister Afghanistans hervorgegangen sind.

Der 1926 abgeschlossene Deutsch-Afghanische Freundschaftsvertrag bahnte bald daraufhin der triumphalen Europareise von König Amanullah und seiner Gemahlin Suraya den Weg nach Deutschland und führte zu jubelnden Ovationen an den Straßen Berlins, wenn Hindenburg und der Monarch aus dem Orient im offenen Mercedes gesichtet wurden. Ein damals sehr bekannter Schlager über den Besuch Amanullah's wurde zum „Bestseller“.

Von dem Staatsbesuch Amanullahs im Jahre 1928 in Berlin zeugt noch heute eine rostende Dampflok an der Mauer des Hofes des Kabulmuseums, die Hindenburg nebst einem kurzen Schienenstrang dem Staatsgast zum Abschied geschenkt hat.

Bei seinem Staatsbesuch in Berlin verlangte das Herrscherpaar aus Kabul ausdrücklich und erfolgreich den legendären Hentig zu sehen und zu sprechen, denn der damalige Prinz Amanullah hatte ihn bei Audienzen seines Vaters kennen und schätzen gelernt. Suraya hatte ihn als Prinzessin durch ein Schlüsselloch beobachtet.

5. Die Intensivierung der deutschen Wirtschaftskontakte und Infrastruktur-Projekte in Afghanistan als Folge des Staatsvertrages, des Staatsbesuches des Herrscherpaares in Deutschland 1928 und die spätere deutsch-afghanische Kooperation unter Zaher Schah ab 1933

Der Staatsbesuch hatte zur Folge, dass die Deutschen als Experten und Kaufleute bald die größte europäische Kolonie in Afghanistan bildeten. Bis zum Sturz von Amanullah im Jahre 1929 gab es schon 72 deutsche Fachleute im Lande, die sich im Straßenbau, bei Bewässerungsanlagen, bei der Rundfunkentwicklung betätigten und sich um das Telefon und Bauwesen und die Elektro-Kraftwerke kümmerten. Damalige Weltfirmen wie Hoechst, Siemens und Telefunken errichteten ihre Niederlassungen in Kabul.

Auch nach dem Sturz von Amanullah wegen seiner zu stark betriebenen Modernisierungspolitik durch Habibullah Kalakani (dem Sohn des Wasserträgers und später des neuen Herrschers Nader Schah) und dessen Ermordung durch einen Schüler der Amani-Oberrealschule und dem kurzen Bürgerkrieg der Jahre 1929/30 blieb Deutschland auch unter der neuen Dynastie der Mohammadzai der bevorzugte Modernisierungspartner Afghanistans.

Das galt insbesondere für die Regierungszeit von Zaher Schah ab 1933-1973. So wurde in den 30er Jahren durch deutsche Firmen u. a. der Bau der Kraftwerke Pul-e-Khumrie und Tschake Wardak (beide 1936) in Angriff genommen; nach dem ersten Fernflug einer Junkers Maschine von Berlin nach Kabul (1935) eröffnete die Lufthansa 1938 den regelmäßigen Flugverkehr zwischen Berlin und Kabul. Seit der Gründung der sog. Mechanik Schule im Jahre 1937 wurden weitere berufspraktische Institutionen nach deutschem Muster gegründet; wie die Industrie Verwaltungsschule, das Institut zur Ausbildung von Lehrern an technischen Schulen, die technischen Schulen in Kabul, Khost und Kandahar, die Kunst- und Handwerkerschule in Kabul.

Deutsche Forschungsgruppen wie zunächst die geologische Mission und später die Wasserwirtschaftsgruppe spürten den Ressourcen des Landes nach. 1939 wurde die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Industrie und Handelsfirmen für Afghanistan „ADIFA“ ins Leben gerufen und im gleichen

Jahr Afghanistan ein deutscher Kredit von 50 Mio. Mark gewährt, um damit Zement-, Zucker-, Leder-Industrien zu initiieren und den Kohleabbau und die Elektroindustrie weiter zu fördern. Als sichtbares Zeichen der deutsch-afghanischen Beziehung darf auch der Darul Aman Palast in Kabul nicht vergessen werden, der nach deutschem Vorbild im wilhelmschen Stil errichtet worden war.

Die besondere Beziehung Deutschlands zu Afghanistan und seinen Menschen wurde seitens der Afghanen politisch und persönlich erwidert. Das zeigte sich in der zweimaligen Neutralität Afghanistans in beiden Weltkriegen Deutschland gegenüber und in der sogar durch den traditionellen Stammrat, die Loya Dschirga von 1941 abgesicherte Weigerung der Afghanen, die im Lande befindlichen Deutschen zur Internierung nach Britisch-Indien auszuliefern. Das ist als eine besondere Sympathie-Bekundung der Afghanen Deutschland und den Deutschen gegenüber zu verstehen.

6. Die deutsch-afghanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges bis zum Staatsstreich (Putsch) von Mohammed Daoud Khan

Die Deutschfreundlichkeit und die Neutralitätspolitik Afghanistans – erklärt am 6. September 1939 – schlug sich in überraschenden und heute weitgehend vergessenen außenpolitisch relevanten Entscheidungen der „jungen“ Bundesrepublik Deutschland nieder: So wurde unmittelbar nach Erringung der uneingeschränkten deutschen Souveränität im Jahre 1955 die erste deutsche Auslandsvertretung außerhalb Europas in Kabul errichtet. Es folgte bald ein Neubau der Amani (Nedjat)-Oberrealschule zu dessen Übergabe das deutsche Staatsoberhaupt Heinrich Lübke einen Staatsbesuch in Afghanistan machte. Deutschland trat auch als unterstützender Finanzier der verschiedenen Entwicklungspläne Afghanistans und im Abschluss von formalisierten Kooperationsabkommen in Erscheinung, z.B. in dem auf das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Auswärtige Amt und den Deutschen Akademischen Austauschdienst abgestützte größte deutsche bildungspolitischen Partnerschaftsabkommens der Nachkriegszeit zwischen den Universitäten Köln, Bonn und Bochum einerseits und der Universität Kabul andererseits.

In gewisser Weise lag der Ursprung der später recht erfolgreichen Auslandsbeziehungen der jungen Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan und war auch eine Folge der dortigen Gründung einer ersten Universität nach dem ersten Weltkrieg.

Ausgangsgrund der deutsch-afghanischen Hochschulpartnerschaft ist das königliche Dekret von 1946, mit dem die Universität Kabul offiziell „ins Leben“ gerufen wurde. Alsbald danach wurden 1948 separate Fakultäten (getrennt für Männer und Frauen) für Naturwissenschaften und Literatur, 1951 eine Fakultät für islamische Theologie, 1956 eine für Maschinenbau, Agrarwissenschaften, Pharmazie und dann 1957 eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gegründet.

Um das Niveau der jungen Fakultäten zu heben, und um nicht in eine einseitige politische Abhängigkeit zu geraten, suchte die königlich afghanische Administration von Zahir Schah im Rahmen der Politik der Blockfreiheit und Neutralität des Landes nach internationalen Partnerschaftsbeziehungen.

Amerikanische und sowjetische Hochschulen signalisierten die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Kooperation; bald kamen auch interessierte Signale aus der 1955 gerade souverän gewordenen Bundesrepublik Deutschland, deren ideologische Ausrichtung der afghanischen Regierung sehr zusagte.

So wurden am 3. März 1962 in Bonn Partnerschaftsverträge mit der Universität Köln für den Bereich Wirtschaftswissenschaften und mit der Universität Bonn für die Naturwissenschaften abgeschlossen.

Auf dieser Grundlage wurde seitens der Universität Köln der dort habilitierte Privatdozent, später Prof. Dr. Willy Kraus als erster Leiter eines kleinen deutschen Dozententeams für die Jahre 1962-1964

nach Kabul entsandt, der dort die ersten in Wien promovierten afghanischen Professoren Sharaf und Sarabi und von denen ausgebildete afghanische Assistenten vorfand. Von diesen wurden die Fähigsten als Stipendiaten Deutschlands zum Zwecke der Promotion an die Vertragshochschulen überführt.

Nachdem Prof. Kraus 1964 als Ordinarius an die gerade gegründete Ruhr-Universität mit dem Auftrag berufen worden war, dort ein auf Entwicklungsländer bezogenes interdisziplinäres Forschungsinstitut zu gründen, wurde durch ein Hochschulkooperationsabkommen vom 8. August 1966 die Zusammenarbeit der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bonn, Köln, Bochum mit der entsprechenden Fakultät Kabul förmlich konstituiert.

Diese sog. „Kabul-Partnerschaft“ hat von 1964-1978 reiche Früchte getragen und verdient an anderer Stelle eine umfassende Würdigung, zumal daraus die afghanischen Minister für Wirtschaft, für Wiederaufbau, für Handel, für Energie Dr. Amin Farhang, Dr. Jalil Schams und der Staatssekretär Prof. Dr. Nazir Ahmad Shahidi und der Rektor der Universität Herat, Prof. Dr. Assad und die zeitweiligen afghanischen Botschafter in Großbritannien Dr. Daud Yaar, und in Deutschland Prof. Dr. Abdul Raman Ashraf (aus der naturwissenschaftlichen Partnerschaft), hervorgegangen sind.

Dem DAAD als dem finanziell-operativen Durchführungsorgan beider Partnerschaften möge es vorbehalten bleiben, die Anzahl der geförderten Promotionen von afghanischen Nachwuchsdozenten, den Umfang der lang- oder kurzfristig nach Afghanistan entsandten deutschen Professoren und Dozenten evaluierend aus seinen Akten zu erheben. Aus der Rückschau eines an der Kabulkommission 12 Jahre lang Beteiligten muss die Arbeit und der Ertrag dieser deutsch-afghanischen Hochschulkooperation bis zum Einmarsch der sowjetischen Invasionstruppe zwischen dem 24. und 27. Dezember 1979 als eine Erfolgsgeschichte bewertet werden.

Da das Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum seit einigen Jahren in anderer Organisations- und Durchführungsform die Ausbildung des afghanischen wissenschaftlichen Personals im Bereich Wirtschaftswissenschaften aller afghanischen Hochschulen fortsetzt, kann an dieser Stelle festgehalten werden: An der 100jährigen deutsch-afghanischen freundschaftlichen Kooperation hat die 50 Jahre alte Ruhr-Universität knapp 30 Jahre lang verdienstvoll als zuverlässiger Partner mitgewirkt. Die anderweitigen Wissenschaftskontakte werden in dieser Tagung an anderer Stelle referiert.

Afghanistan erlebte unter Zaher Shah eine 40 Jahre andauernde Friedensperiode. Er schickte sich auch an, im September 1964 dem Lande eine konstitutionelle Verfassung mit einem Grundrechtskatalog nach deutschem Vorbild mit parlamentarischer Mitwirkung zu geben. Dem folgte allerdings nicht die notwendige Verabschiedung eines Parteiengesetzes, das die geordnete Mitwirkung von Vertretern aus allen Volksgruppen hätte ermöglichen können.

7. Der relative Stillstand der direkten bundesrepublikanisch-afghanischen Beziehungen zwischen dem Putsch von Mohammad Daud Khan vom 17. Juli 1973 bis zum Abzug der sowjetischen Interventionstruppen aus Afghanistan im Jahr 1989

Wenn auch die Herrschaft Zaher Shah's von 1933 bis zum Anfang der 70er Jahre im Wesentlichen auf dem störungsfreien inneren Aufbau Afghanistans und die Verabschiedung seiner Verfassung ausgerichtet war, so gab es immer wieder auch außenpolitische Spannungen mit Pakistan bezüglich der Pashtunistanfrage. Auch hatten sich im Parlament trotz eines gesetzlichen Parteienverbotes unter den Abgeordneten Fraktionen gebildet, die parteiähnlich Macht und Einfluss begeherten. Diese Situation nutzte der Vetter des Königs, Mohammad Daud Khan aus, während einer Auslandsreise des Monarchen diesen am 17. Juli 1973 zu stürzen, die Republik auszurufen und sich zum Präsidenten wählen zu lassen. Er stützte sich anfangs auf junge in der UdSSR ausgebildete afghanische Truppenoffiziere.

re und suchte außenpolitisch zunächst die Unterstützung der Sowjetunion, die ihre schützende Hand auf die sogenannte DDR gelegt hatte.

Das führte zur Verkümmern der Beziehungen Afghanistans zur Bonner Republik, die außenpolitisch von der Hallstein-Doktrin bestimmt war.

Die Reduktion der bundesrepublikanischen Beziehung zu Afghanistan erreichte nach der erfolgreich gegen Daud gerichteten kommunistischen Revolution vom 27. April 1978 einen ersten Höhepunkt, dem am 5. Dezember 1978 die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen Afghanistan und der Sowjetunion folgte, der bald darauf die „Rechtsgrundlage“ für den Einmarsch sowjetischer Truppen zwischen dem 24.-27. Dezember 1979 abgeben musste, die rund 10 Jahre lang afghanische Kommunisten verschiedener ideologischer Ausrichtung an der Macht hielten.

In dieser Zeit rückten Experten der DDR mit ihrer Leibniz-Gesellschaft und einer eigenen Partnerschaft in die bundesrepublikanisch „vorgewärmten Betten“ ein, sie nutzten die vorgefundenen Partnerschaftsstrukturen in der Universität und der Fakultät und die hinterlassene bundesrepublikanische Bibliothek und verliehen ihrerseits Ausbildungsstipendien für Studienaufenthalte in der DDR.

Auch das gehört zur Geschichte der 100jährigen deutschen Freundschaft beider Länder und ist ein nur sehr spärlich aufgearbeitetes Kapitel deutscher Auslandspräsenz während des sogenannten „Kalten Krieges“.

8. Die indirekten Folgen des asymmetrischen Freiheitskampfes der früher so ehrenwerten Mudjaheddin gegen die sowjetrussischen Okkupanten mit dem Ergebnis: Schwächung und sichtbare Verwundbarkeit einer Großmacht durch irreguläre Kämpfer und Impuls für die Wiedervereinigung Deutschlands und erster afghanischer Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik

Die sowjetischen Interventionstruppen (am Ende mit einer vergleichbaren Truppenstärke von rund 130.000 Mann wie später die der ISAF in den Jahren ca. 2010 ff.) konnten zwar in den Städten Fuß fassen und damit die zwangsweisen Bildungs- und Modernisierungsprogramme der neuen kommunistischen „Brudernation“ abstützen, nicht jedoch in die Fläche dauerhaft vorstoßen. Damit konnten sich die freiheitsliebenden Afghanen vom Lande her in Stammes- und Guerilla-Verbänden zum später erfolgreichen Marsch in die Städte organisieren und zwar uneinig aber erfolgreich und für die Invasoren sehr verlustreich ihr eigenes Land von den fremden Eindringlingen „säubern“.

In diesem zehnjährigen Befreiungskrieg überwiegend der ländlichen Afghanen hat Deutschland so gut wie keine Rolle gespielt (Jebens). Allerdings wurde der Mut und die Tapferkeit der Afghanen in Deutschland mit großer Bewunderung und Sympathie verfolgt. Es bildeten sich viele humanitäre Hilfsorganisationen die „cross-border“ „illegal“ Hilfsgüter ins Land brachten und umfangreiche medizinische Hilfe für die im Lande verbliebene Bevölkerung leisteten. Einige dieser Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) beziehen sich auch heute noch auf diese Ursprünge und sind seither in diesen Akademie-Tagungen vertreten.

Damals wurde die Bevölkerung Afghanistans auf 16-17 Mio. Einwohner geschätzt; davon waren die Hälfte als Flüchtlinge nach Pakistan, Iran oder als „Binnen-Flüchtlinge“ in die Städte geströmt. Kabul mag anfangs 500.000 Einwohner gehabt haben. Seither wird es wohl auf das ca. 10-fache gewachsen sein.

Das ausgebildete, bürgerliche afghanische „Bürgertum“ setzte sich nach dem sowjetischen Einmarsch und der kommunistischen Machtergreifung im großen Maßstab in die USA, nach Frankreich und – wegen der guten voran geschilderten deutsch-afghanischen Beziehungen in die Bundesrepublik

Deutschland ab, wo am Ende der russischen Intervention rund 70.000 Afghanen als damals 1. Flüchtlingswelle asylsuchend registriert worden sind.

Viele dieser neuen deutschen Mitbürger vertraten im Kontext der deutschen Wiedervereinigung sehr früh und vehement die Auffassung, ohne den erfolgreichen Freiheitskampf ihrer Konpatrioten an den Heimatfrontstellen wäre die Schwäche der Sowjetunion nicht bloßgelegt worden. Nur damit sei die aus offener Schwäche herrührende Zustimmung des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, Michael Gorbatschow, zur deutschen Wiedervereinigung zu verstehen. Jedenfalls gibt es hinreichende Belege dafür, dass Gorbatschow 1985 bald nach seinem Amtsantritt erkannt hatte, dass „die blutige Wunde Afghanistans“ nicht mehr mit militärischen Mitteln zu schließen sei (Schetter) und er deshalb die Weichen für den sowjetischen Truppenabzug gestellt hat.

Man mag zu dieser Geschichte der afghanischen Hilfe bei der deutschen Wiedervereinigung stehen wie man will: Mindestens ist es eine schöne Legende über einen weiteren Freundschaftsdienst zwischen beiden Völkern.

9. Der Bürgerkrieg von 1992-1996 als Machtkampf der ursprünglichen Widerstandsparteien mit der teilweisen Zerstörung Kabuls, die Eroberung der Stadt durch die Taliban 1996 als Auslösung einer zweiten Flüchtlingswelle von Afghanen, die in der Bundesrepublik Asyl suchten

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen konnte sich der von ihnen hinterlassene Kommunist Nadjibullah zur Verblüffung vieler noch bis 1992 an der Macht halten. In Peshawar hatten die Widerstandsparteien trotz interner Feindschaft seit 1989 eine informelle Gegenregierung gegründet, deren Mitglieder den Kollaps des Nadjibullah-Regimes und der teilweisen Meuterei seiner Garnisonen aufmerksam verfolgt und sich vorbereitet hatten, nach der Devise: Wer Kabul beherrscht, beherrscht Afghanistan (Schetter) von verschiedenen Seiten aus Kabul einzunehmen, was im April 1992 gelang. Sibgatullah Mogaddedi wurde kurzfristig Staatspräsident. Interne Machtkämpfe führten bald zum Bürgerkrieg, der zu unterschiedlichen Sektoren und Artillerie unterstützten Straßenkämpfen und der großflächigen Zerstörung der Stadt durch die „nationalen Befreier“ führte, wobei die Zivilbevölkerung die Leidtragende war. Mehrere ausländische Versöhnungsbemühungen – auch der UN – scheiterten. Die Bevölkerung Kabuls sehnte sich nach Waffenstillstand und friedlicher Sicherheit.

In Pakistans Medresen (Koranschulen) waren inzwischen die dortigen Koranschüler islamisch militant radikalisiert worden, so dass es dem pakistanischen Geheimdienst ISI relativ leicht fiel, aus ihnen mit amerikanischer Unterstützung und trainiert von Offizieren der pakistanischen Armee kampfstärke Verbände, die später so genannten Taliban, aufzustellen. Diese drangen als zunächst willkommen geheiße Ordnungsmacht 1994 kommend vom Südosten in den ländlichen Raum ein und besetzten 1996 auch Kabul.

Sie stellten zunächst Frieden und Ordnung her, was von der Bevölkerung begrüßt wurde. Doch sehr bald entwickelten sie ein islamistisch überhöhtes Schreckensregime, das jedwede Lebensfreude erstickte. Der Einmarsch der Taliban führte auch zur Konsolidierung ehemaliger Widerstandsgruppen in der sog. Nordallianz. Außerdem löste das Regime der Taliban auch eine zweite Flüchtlingswelle aus den von den Taliban besetzten Gebieten aus, was zu einer zweiten Flüchtlingswelle asylsuchender Afghanen nach Deutschland führte.

10. Die uneingeschränkte Solidarität der Bundesrepublik Deutschland mit den natoverbündeten (angegriffenen) USA – proklamiert durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder – eine neue Leitorientierung einer deutschen Präsenz in Afghanistan; eine Folge der Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon als besondere Bündnisverpflichtung

Für die weltbekannten Anschläge auf das World-Trade-Center und das Pentagon vom 11. September 2001 wurde seitens der USA der Hassprediger und mutmaßlich in Afghanistan lebende Osama bin Laden und das ihm nahestehende Netzwerk al Qaida verantwortlich gemacht. Entsprechend wurde von dem Taliban-Regime in Kabul ultimativ seine Auslieferung an die USA verlangt. Bin Laden hatte die Afghanen im Freiheitskampf unterstützt und war mit dem anerkannten religiösen Führer der Taliban, dem Mullah Omar verschwägert. Bei einer geringen Kenntnis vom afghanischen Ehrencode und dem, was im Lande Gastfreundschaft bedeutet, hätten kluge Politiker zunächst eindeutige Nachweise für die Urheberschaft und / oder Verantwortlichkeit Bin Ladens öffentlich und international abgesichert präsentiert und nicht gleich ultimativ die Auslieferung unter Sanktionsandrohungen verlangt. Von eindeutigen Nachweisen kann auch bis und nach der Exekution von Bin Laden in seinem pakistanischen Versteck nach meiner Kenntnis nicht die Rede sein.

Dennoch basieren alle Folgen der amerikanischen und der bundesdeutschen internationalen Afghanistan-Politik auf diesem von dem talibanischen Afghanistan ausgehenden oder gedeckten Angriff auf die USA. Schröders Alibisierung seiner berechtigten Weigerung, mit deutschen Truppen in den Irak-Krieg Amerikas mitzuziehen hat durch seine Treue-Proklamation verhindert, dass Deutschland basierend auf der langen Freundschaft eine eigene Afghanistan-Politik in und für Afghanistan realisiert hat mit Vorrang auf einen friedenssichernden zivilen Aufbau unmittelbar nach der Überwindung der Taliban-Herrschaft in den sogenannten „goldenen Jahren“ von ca. 2001-2004.

Bei allen „Mandats-Verlängerungsdebatten“ über Einsatz und Verbleib der deutschen „Parlamentsarmee“ ging es fast ausschließlich um die unterstützende deutsche Militärpräsenz in den von der ISAF (International Security Assistance Force) respektive der Nato zugewiesenen Regionen. Der Blick auf das Zivile erfolgte erst zu spät, erstmals durch die PRT (Provincial Reconstruction Teams) mit ihrer immanenten zivilen Aufbaukomponente. Auch waren aus der Sicht von Afghanen die deutschen Versuche, sich von den amerikanischen Bombardements der Operation Enduring Freedom abzugrenzen, wenig erfolgreich, oder bei der Bombardierung der Tanklaster verhängnisvoll.

Florian Kühn spricht in diesem Zusammenhang in seiner Analyse des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan von der Mehrdeutigkeit von politischen Zielen und der unterschiedlichen Wahrnehmung von Zielen durch die Beteiligten. Er drückt das so aus: „Deutschland ist enger Bündnispartner der USA und gleichzeitig enger Partner Afghanistans. Diese Rolle als genuine Partnerschaft wird hergeleitet aus dem Kaiserreich als eine „traditionelle“ Freundschaft zwischen beiden Ländern. Deutschland ist aber gleichzeitig Kooperationspartner der afghanischen Regierung und auch integrativer Bestandteil der Interventionsfiguration und damit Partner, Freund und Feind der Afghanen zugleich! Diese scharfsinnige Erkenntnis macht aber zugleich deutlich, wie schwierig es den Afghanen geworden sein musste, z.B. im militärischen Bombardement und seinen zivilen Opfern (den „Kollateralschäden“) auch die Handschrift der befreundeten Deutschen und nicht nur die, der hässlichen, gewalttätigen Amerikaner zu erblicken.“

Vereinfacht ausgedrückt hat eine Überlagerung des Bildes von den Deutschen als Freund durch die Nähe zu den amerikanischen Militäreinsätzen und auch als Intervenient und Bedrücker begonnen. Heute scheint im politischen Weltbild der Afghanen noch eine andere Gleichzeitigkeit zu bestehen, nämlich die des doppelten Wünschens, diese Deutschen mögen mit abziehen und zugleich auch weiter im Lande bleiben. Wenn aber nicht als Militär, als was dann sonst? Als Geldgeber, Ratgeber, Finanzier?? Als Sicherheitsgarant? Und für wen? Für die Regierung? Für das gesamte Volk?

11. Hundert Jahre deutsch-afghanische Beziehungen: Freundschaft hat verpflichtet – wird sie auch weiter verpflichtet, wenn Hilfen konditioniert vergeben werden und partnerschaftliche Kontrollen hingenommen werden müssen!?

Von der Petersburger Konferenz – durchgeführt unter deutscher Gastgeberschaft – vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001, über die auf den zivilen Aufbau Afghanistans bezogenen Geberkonferenzen von Tokio (2002), Berlin (2004), London (2006) und abermals unter der deutscher Gastgeberschaft in Bonn vom 5. Dezember 2011 und bis zum früher beabsichtigten Abzug der restlichen deutschen Besatzungstruppen und dem Beginn einer verstärkt konditionierten Entwicklungszusammenarbeit in der sogenannten Transformationsdebatte reicht die freundschaftliche Kooperation beider Länder.

Trotz des häufig beklagten Missverhältnisses zwischen den Militärausgaben und den Mittelzusagen für den zivilen Aufbau Afghanistans hat die Bundesrepublik Deutschland als drittgrößte Generation nach den USA und Japan bilateral insgesamt rund 2 Mrd. Euro für den zivilen Aufbau des Landes öffentlich überprüfbar zugesagt und sich in diesem Kontext für die Haushaltsjahre bis 2017 zur jährlichen Zahlung von 430 Mio. Euro für zivile Projekte in Afghanistan in den Nordprovinzen, im ländlichen Raum, für die Gewinnung sauberen Trinkwassers, für verfassungskonformes Justiz- und Polizeihandeln, für Projekte der nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung verpflichtet.

Seit der Geberkonferenz von Tokio gilt gemäß der internationalen Übereinkunft der Geber der aus der Tradition des alten Rom stammende Grundsatz der Wechselseitigkeit: „quid pro quo“ (etwas für etwas), das heißt für Afghanistan als Nehmerstaat: Erbringung signifikanter (also sichtbar und überprüfbarer) Fortschritte auf den Gebieten: guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Frauenpolitik und Menschenrechten, Korruptionsbekämpfung, ein nur einiges zu nennen.

Diese Forderungen galten auch schon der Regierung von Hamid Karzai ; sie gelten nun auch im Verhältnis zur neuen Regierung von Ashraf Ghani, der zeitgleich zum Jubiläum und zu Regierungskonsultationen in Berlin erwartet wird.

Fiel es der Vorgänger-Regierung schon schwer „gute Regierungsführung“ vorzuweisen – wobei die Geber auch schon mit dem der ausreichend guten Regierungsführung, dem „good enough“ Government zufrieden sein mussten, so wird die jetzige Regierung der nationalen Einheit (mit Abdullah als Ministerpräsident in einer in der Verfassung nicht vorgesehenen Funktion) bei der radikal verschlechterten Sicherheitslage und größeren Gebietsteilen der Fläche unter Talibankontrolle als von 2001 kaum etwas Positives vorweisen können.

Insbesondere fehlt es an Nachweisen an dem, was für die Anerkennung eines jeden geordneten Staatswesens konstitutiv ist, an der Exekution von Staatsgewalt und von staatlicher Inhaberschaft des ihm allein zustehenden Gewaltmonopols, denn es gibt mehr denn je „alternative Gewalt“ und Gewaltinhaber im gegenwärtigen Afghanistan.

In der Errichtung und / oder Festigung des Gewaltmonopols in Händen des Staates spielt die seit den 60er Jahren in Afghanistan verankerte Polizeihilfe eine wichtige Rolle. Allerdings stand sie nach deutscher Vorstellung als „zivile Polizei“ in Konkurrenz mit der amerikanischen Vorstellung von der „Militarisierung“ der Polizei als eine Art erweiterte Armee; dem Innenministerium in alter afghanischer Tradition als verfügbare Eingreiftruppe unterstellt; mit schnell und schlecht ausgebildeten und mäßig bezahlten Polizisten. Das führt zu Desertationen und zu anderweitigem ständigen „Ausbluten“ der Polizeiverbände. Eine Art von Staatstreue und Bürgernähe konnte durch Verwendung der Polizeiverbände als Instrument der Kampftruppe der Auslandsbekämpfung nicht entstehen.

Für eine wünschenswerte Fortsetzung der Polizeihilfe nach deutschen Vorstellungen muss künftig eine Entkoppelung der Polizei vom Militärischen erfolgen und die Ausbildung der Führungsebene der Polizei an der deutschen Polizeikultur ausgerichtet werden: Polizei an der Schnittstelle zwischen Staat und Bürger, als „Repräsentant“ und ausführendes Organ des Staates (Distler) und seines Gewaltmonopols.

Da nach der Sozialgeschichte Afghanistans die Idee eines alle Sozialbeziehungen überwölbenden Staates zunächst ein fremdes, europäisches Konstrukt ist, muss der Staat für die Breite der afghanischen Bevölkerung erfahrbar gemacht werden, weil er anders die Loyalität der Bürger nicht erwarten kann, mit anderen Worten: Der Staat muss sich in Leistungen für die seiner Gewalt unterworfenen Bürger darstellen. Dazu gehört: Abwehr alternativer zügelloser Gewalten; Daseinsversorger für die Bürger in nutzbarer Infrastruktur; Energiebereithaltung; Gesundheitsvorsorge; dazu gehört: Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen schaffen; Rechts-Fürsorge; Schaffung von Teilnahmemöglichkeiten (Partizipation) im politischen Raum und in der Zivilgesellschaft.

Nur in dieser Erfahrbarkeit von Staat kann er Identifikation und Verteidigungsbereitschaft seitens seiner Bürger erwarten. Richtigerweise ist die deutsche zivile Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung dieser Staatsfunktionen ausgerichtet. Durch die Konditionierung der deutschen Hilfe (= Kontrolle der Fortschritte der guten Regierungsführung) setzt sich allerdings das befreundete Deutschland dem Vorwurf des „Paternalismus“, der Bevormundung aus. Das kann kaum – allenfalls mit dem Hinweis auf die Freundschaft – abgemildert werden (- denn von Freunden sind Ratschläge leichter hinnehmbar -); und wird bleiben, solange Afghanistan und seine Administration nicht aus eigener Kraft zielführend handelt oder handeln kann.

Deutschland tut gut daran, in seiner Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan die dort im Lande tätigen und durch Partnerschaftsfunktionen verankerten Nicht-Regierungsorganisationen zu fördern, denn diese haben das „Ohr und das Herz“ in den Ansätzen einer zivilgesellschaftlichen Kooperation in und mit der afghanischen Zivilgesellschaft und seinen innerafghanischen Akteuren. Diese afghanische Zivilgesellschaft reicht von wenig formalisierten Akteuren wie religiösen Autoritäten, oder Shuras, oder Dorfverwaltungsräten bis hin zu Ansätzen einer formalisierten Zivilgesellschaft von unabhängigen Vereinen? und ersten Berufsverbänden.

Diese Art der freundschaftlichen Kooperation hat sich bewährt und sollte durch ausreichenden öffentlichen Mittelzufluss an die Akteure in der Transformationsdekade 2015-2024 langfristig sichergestellt werden (Bodo v. Borries)

Es wird interessant sein, was inhaltlich von und aus den Ergebnissen des zu erwartenden Staatsbesuches von Ashraf Ghani in Berlin anlässlich der dortigen Feierlichkeiten zum 100jährigen Bestehen der deutsch-afghanischen Freundschaft über das Zeremonielle hinaus verlautbart werden wird. Auch auf die Resonanz der in Kabul erfolgenden 100Jahr-Feierlichkeiten mit der von Herrn Bucherer-Dietschi gestalteten Wanderausstellung darf man gespannt sein. Aus beiden Veranstaltungen sind Impulse für die Fortsetzung der freundschaftlichen Kooperation zwischen Afghanistan und Deutschland zu erhoffen.

12. Umriss einer Bilanz und Elemente einer Zieldefinition für die künftige Kooperation der beiden befreundeten Staaten mit der Alternative, entweder im nächsten Dezennium den Frieden in Afghanistan in der zivilgesellschaftlichen Kooperation zu gewinnen oder zu scheitern und einen möglichen Massenexodus von Afghanen in das Land der Freunde auszulösen.

Aus den Zwischenüberschriften mag der eine oder andere seine persönliche Bilanz von 100 Jahren deutsch-afghanischer Freundschaft ziehen. Der hier erfreulicherweise unter uns befindliche Michael Daxner hat mit seinem analytisch angelegten Lesebuch „Deutschland in Afghanistan“ die immer wieder gestellte Frage verlebendigt: Was haben wir dort zu schaffen, wie verarbeiten wir (das), was dort geschehen ist, (das) was wir getan und was wir unterlassen haben, wie wir versucht haben, ein Projekt zu befördern oder den Menschen dort zu helfen oder uns im „Geschäft“ zu halten, oder was sonst? Dem möchte ich für die 100 Jahre alte deutsch-afghanische Freundschaftsbeziehung hin-zufragen, warum und wie sollen wir uns für das nächste Dezennium der Kooperation aufstellen? Gibt es dafür Strategieansätze? Dem Militär-Strategen Clausewitz verdanken wir den allgemein gültigen Dreiklang für jede Strategieentwicklung, von der Lage auszugehen, Ziele zu definieren und daraus Maßnahmen abzuleiten. In diesem Fall heißt „Lage“-feststellung nicht über die bekannte (Un-)Sicherheitslage zu lamentieren, sondern Positives festzuhalten.

Trotz aller internen Spannungen mit, in und um die Taliban gibt es den Konsens: Die territoriale Einheit Afghanistans steht nicht in Frage, eine einheitliche Währung hält (neben dem Dollar und dem Euro) das Land zusammen, das Bekenntnis: „Wir sind alle Afghanen“ ist überall internalisiert, denn sonst würde man sich nicht gegen Besatzungen, Fremdeinflüsse, Einbrüche in kulturelle und religiöse Werte so nachdrücklich wehren.

Diese Lage ist bei jeder Kooperation zu berücksichtigen, das heißt bei jeder Projektüberlegung ist zu fragen, was wollen die Menschen dort und was kann ein Kooperationsvorhaben fördern oder belasten.

Schwieriger wird es schon bei der Zieldefinition. Gibt es z.B. aus dem allgemeinen afghanischen „Landes-Entwicklungsplan“ – der fast nie analysiert und selten zitiert wird – übernehmbare verbindliche Zielvorgaben für das ganze Land, für Regionen, für Distrikte, denen man sich anschließen, denen man sich unterordnen kann; oder muss man allgemeine Ziele wie: Entwicklungsrückstand verkleinern, Rechtsstaatlichkeit herstellen, Kindersterblichkeit bekämpfen, Geschlechtergerechtigkeit herstellen pp. zur Richtschnur machen und auf Afghanistan herunterbrechen. Das wären dann Zielvorgaben von außen, die mit fast allen Talibanzielen (mit denen es doch zu verhandeln gilt) unkompatibel sind.

Das BMZ und die GIZ scheinen von internal akzeptierbaren Entwicklungszielen auch für Afghanistan ausgegangen zu sein und wohl auch in der Zukunft als Fortschreibung dieser Ziele ausgehen zu wollen.

Dieser Ansatz greift m.E. zu kurz: Richtiger erscheint es mir zu sein, nach freundschaftlichem Dialog auf Augenhöhe in der Zielsuche von kompatiblen Werten und ihrem Wertgefüge, also ihrer Verankerung in beiden Ländern auszugehen.

So kann man m.E. zum Beispiel Schnittmengen identifizieren, zwischen dem afghanischen Patriotismus und dem aufkeimenden deutschen Verfassungspatriotismus.

Es gibt Berührungspunkte zwischen dem deutschen Sozialstaatsgebot und der afghanisch-islamisch verordneten Zakat-Verpflichtung, die als Ansatzpunkte dienen können, die allgemeine Daseinsvorsorge auch des afghanischen Staates für alle seine Bürger verständlich zu machen.

Das bedeutet dann auch, einen daseinsvorsorgenden Staat (wenn er es denn aus eigenem Antrieb und mit äußerer Hilfe unternimmt) als positiven Akteur erkennbar zu machen, damit die einzelnen Afghanen ihren Staat annehmen und bereit sein können, ihn zu begreifen und wertzuschätzen.

Das wird zu einer „Verteidigung“ von Staat und Sozialgemeinschaft von Innen führen; anders als die militärische Machtausübung mit internationaler Beratung.

Der Rückblick auf die politische Geschichte Afghanistans – angefangen mit den drei Kriegen Englands gegen das Land, über die sowjetische Okkupation, den Bürger- und Befreiungskrieg und die rund 15jährige internationale Militärpräsenz am Hindukusch – hat gezeigt: Militäreinsätze in Afghanistan, von außen kommend, haben allenfalls zu einer inselhaften Befriedung, nicht aber zu einer solchen im ganzen Land geführt.

Ein Neuanfang kann aber nur durch den Vorrang des Zivilen Erfolge versprechen, durch Daseinsvorsorge des Staates, Beschäftigungsprogramme, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Gewerbe- und Handwerksförderung, Verbesserung des Kleinkreditwesens, Frauen- und Familienförderung.

Damit wird ein Doppeltes erreicht: Die Grundversorgung und der Lebensstandard der Bevölkerung wird verbessert und für die Bevölkerung die Möglichkeit geschaffen, diesen zivilen Staat in Afghanistan als den eigenen Staat anzunehmen und ihn gegen innere und äußere Gefährdungen in Wort und Tat, als mitwirkender Bürger, als Polizist und Soldat wegen der Leistungen des Staats für die Allgemeinheit zu schützen und zu verteidigen.

In diesem Zusammenhang kann es viele Einzelmaßnahmen geben: so sei auch auf die Projekte der NGO beispielhaft hingewiesen, weil sie den Staat durch ihre Projekte und Programme in der Zivilgesellschaft stabilisieren.

Trotz aller Bombenanschläge, Sprengfallen, Überfälle und Entführungen, ist nicht der Krieg der Vater aller Dinge, sondern der Frieden; er war und ist „die Mutter aller Dinge“; der Frieden ist für jede Gesellschaft „der Ernstfall“.

Diesen Friedensweg Afghanistans trotz aller zu erwartender Rückschläge zu schützen und zu begleiten, ist eine zivile Stützungs- und Schutzaufgabe; eine zivile „Responsibility to protect“. Das ist und bleibt der Freundesbeitrag Deutschlands gegenüber Afghanistan für die nächste Zeit.

Dass Frieden und Aussöhnung in Afghanistan gelingt, liegt auch im deutschen Interesse; wo beides nicht gelingt, wird sich der begonnene Exodus der Afghanen ins befreundete Deutschland explosionsmäßig multiplizieren.

Herangezogene Literatur

V. Borries, Bodo

Wie kann Zivilgesellschaft in Afghanistan gefördert werden?

In: Stand Punkt

Verbandszeitschrift von Venro

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Nr. 4, Oktober 2015

BERLIN

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

BMZ-Strategiepapier 3/2014

Neue entwicklungspolitische Strategie für die Zusammenarbeit mit Afghanistan im Zeitraum 2014-2017

Verlässliche Partnerschaft in Zeiten des Umbruchs

Daxner, Michael (Hrsg.)

Deutschland in Afghanistan

BIS- Verlag der Carl. v. Ossietzky Universität Oldenburg 2014

Einleitung Seiten 7-23

Distler, Werner

Nur noch Routine

Deutsche Polizei und deutsche Polizisten in Afghanistan

In dem Lesebuch: Deutschland in Afghanistan,

Hrsg: Michael Daxner – S. 155 ff.

EKD-Texte

„Selig sind die Friedfertigen“

Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben der evangelischen Friedensethik

Stellungnahme der Kammer für öffentliche Verantwortung

In: EKD-Texte, Hrsg. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Siehe dort insbesondere die Ziffern 12, 13, 14, 18 und 19

Farhang, Amin

Kurzer Abriss afghanischer Vorschläge zur Lösung des Afghanistan-Konflikts

In: Vorbereitungsheft zur 12. Afghanistantagung, Seiten 39-65

Giustozzi, Antonio

The Taliban between War and Peace:

Internal debates and external pressure

In: Afghanistan Info

Schweizerisches Komitee zur Unterstützung des afghanischen Volkes, Nr. 77 Oktober 2015, Seiten 7 und 8

Hamed, A. Samad

Afghanisch-deutsche Beziehungen aus afghanischer Sicht

3teilige Serie im: Kultur-Journal, Zeitschrift für Afghanen und Deutsche

Hefte 3/2002; 1/2003; 2/2003

v. Hentig, H.W. (Hrsg.)

Werner Otto v. Hentig

Von Kabul nach Shanghai

Bericht über Afghanistan-Mission

1915/16 im: Libelle Verlag, Seiten 68 ff und 272 ff.

v. Hentig, Werner Otto

Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land

Bestseller-Ullstein Verlag Berlin 1917

v. Hentig, Werner Otto

Mein Leben eine Dienstreise
Göttigen 1962
Seiten 141 und Anhang S. 444

Hughes, Thomas L.

The German Mission to Afghanistan
1915/16 in: Konferenz-Bericht vom German Historical Institute in Washington DC vom 29. Januar 2002

Internale Afghanistan-Konferenz in Bonn, 5. Dezember 2011

Afghanistan und die Internationale Gemeinschaft: Von der Transition zur Transformationsdekade; Konferenz-schlussfolgerungen, Übersetzung aus dem Englischen (ohne Autor, ohne Datum)

Jebens, Albrecht

Hundert Jahre deutsch-afghanische Freundschaft
Erinnerung an den 1. Oktober 1915
In: Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) Nr. 3/2015, S. 43 ff.

Kraus, Willy und Niehaus, Volker

Rolle und Perspektiven Afghanistans in Zentralasien;
Strategie-papier für die Klausurtagung der Konrad-Adenauer Stiftung in Cadenabbia im August 1992
Standort: Archiv des Institutes für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik i.d. Ruhruniversität Bochum

Kraus, Willy

Deutsch-afghanische Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen
Vortragsmanuskript, abgeschlossen ca. 1992
Standort: Archiv des Institutes für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr-Universität Bochum und Privataarchiv von Dr. h.c. V. Renesse i. Ratingen

Kreutzmann, Hermann

Süße Intervention
Die Zuckerfabrik in Baghlan gestern und heute
In: Daxner, Michael (Hrsg.) Deutschland in Afghanistan S. 25 ff.

El-Mogaddedi, M. Belal.

Potential for conflict transformation within Religion, Culture, Gender
In: Expert Workshop on "Subsidiary" in peacebuilding in Afghanistan
Working paper at: Berghof Conflict research
Berlin June 2010

Nachtweij, Winfried

Erstes Halbjahr nach ISAF-Abzug aus Afghanistan
Bericht und Kommentar zum UNAMA-Bericht 1. Halbjahr 2015
Münster 7. August 2015

Noor, A. Sami

Afghanistan im Spannungsfeld zwischen der Dominanz der Taliban und den sozialökonomischen Krisenbeteiligten
Vortrag im Rahmen des Workshops „Afghanistan“ in Halberstadt am 13.5.1998
Abgedruckt in: Vorbereitungsheft zur 12. Villigster Afghanistan-Tagung, Seiten 67-86

v. Renesse, Ernst-Albrecht

Der verspielte Sieg in Afghanistan
In: Vorbereitungsheft zur 12. Afghanistan-Tagung 1998,
Seiten 21-38

v. Renesse, Ernst-Albrecht

Der Legendäre Ritt von Werner Otto v. Hentig

Als Beginn einer Afghanisch-Deutschen Freundschaft und seine Auswirkungen

In: Freundeskreis Afghanistan, Info 57

Alsbach, Februar 2009, S. 28 ff.

v. Renesse, Ernst-Albrecht

Zur Geschichte der Kabul-Partnerschaft und Kabul-Kommission;

Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript mit weiteren Nachweisen

Ratingen 3. September 2015

Standort: Privatarchiv von Dr. hc. v. Renesse in Ratingen

Schetter, Conrad

Kleine Geschichte AFGHANISTANS

Becksche Reihe, 2. Aufl. 2007

Studienheft 12/98

Im Zeichen der Taliban

Afghanistan und die „International Community“

Studienheft 12/98 der Evangelischen Akademie Iserlohn (Hrsg.)

Reihe: Tagungsprotokolle

Hier: Vorbereitungsheft zur 12. Afghanistan-Tagung

Kulturelle Identität bewahren: Afghanen zwischen Tradition und Moderne

Paul Bucherer-Dietschi²

1967, als ich während meines Studiums begann, mich ernsthaft mit Afghanistan zu befassen, war der wesentliche Aspekt meines Interesses die Frage der unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in ehemals kolonisierten und nicht kolonisierten Ländern. Dies wollte ich bei einem Vergleich der Situation im ehemaligen Britisch-Indien und in Afghanistan erfahren.

Von **1968** an, nach der Heirat mit meiner Frau Veronika, folgte eine intensive Vorbereitung mit ergänzenden Studien in Ethnologie und Geschichte an der Universität Basel und Persisch-Unterricht durch einen Studenten aus Rasht – schliesslich wollten wir in Afghanistan zumindest die Wegweiser entziffern können um uns nicht zu verfahren.

Damals konnten wir noch nicht ahnen, dass der einzige Wegweiser, den wir je in Afghanistan zu Gesicht bekommen würden, hinter dem Shebar-Pass bei der Verzweigung der Wege nach Bamiyan und Mazar-e Sharif stand – und in lateinischen Buchstaben beschriftet war.

Doch damit greife ich vor, denn unsere erste Begegnung mit der afghanischen Moderne fand nicht hinter dem Shebar-Pass, sondern bei der Einfahrt nach Kabul statt. Im dichten Verkehr von Bussen, Handwagen und Eseln hatte ich an der Kreuzung beim Park-Hotel eine völlig unerwartete rote Ampel übersehen. Ein Polizist hielt uns an und wollte eine Busse verhängen, doch da trat sein älterer, graubärtiger Vorgesetzter dazu und begrüßte uns auf Deutsch als ‚*willkommene Gäste aus dem Ausland*‘. Es sei verständlich, dass wir noch nicht mit den Verkehrsregeln in Afghanistan vertraut seien. Erst vor wenigen Wochen sei hier eine neue afghanische Erfindung eingeführt worden: Vor der Kreuzung ständen an allen vier Strassen Lampen mit roten und grünen Lichtern; wenn das rote Licht leuchte, müsse man anhalten und wenn dann nach einer Weile das grüne Licht leuchte, dürfe man weiterfahren. So, nun würden wir diese Regelung kennen und uns bitte in Zukunft danach richten.

Ja, das war für uns Afghanistans erster Schritt in die Moderne.

1971, bei dieser ersten Reise waren wir während einem guten halben Jahr durch Iran und Afghanistan unterwegs. Wir hatten sehr viel Glück und manche interessante Begegnung mit Diplomaten, deutschen Wissenschaftlern an der Uni Kabul, mit afghanischen Studenten und Professoren, die später einmal wichtige Rollen spielen sollten, aber auch mit Angehörigen des afghanischen Königshauses. Als Architekt mit ethnologischem Interesse erstellte ich Projekte und Berichte für die Afghan Tourist-Organisation und für die Kulturabteilung des Aussenministeriums.

Aus Zeitmangel und wegen der Faszination, die Afghanistan auf uns ausübte, verzichteten wir zunächst auf eine Weiterreise nach Pakistan und Indien.

Soweit es mit unserem Wohnmobil möglich war, einer hochbeinigen französischen Armee-Ambulanz, aber auch mit Ross und Esel waren wir in abgelegenen Gebieten unterwegs und hatten das Glück,

² Paul Bucherer-Dietschi ist Geschäftsführer der schweizerischen Stiftung „Bibliotheca Afghanica“, die er 1975 gemeinsam mit seiner Frau Veronika Bucherer-Dietschi gegründet hat. Seit 1971 haben beide viele Male Afghanistan bereist und dabei eine Sammlung unzähliger ethnografischer Materialien zusammen getragen. Paul Bucherer-Dietschi setzt sich seit jeher für die Erhaltung des afghanischen Kulturerbes ein (z. B. für den Wiederaufbau der Buddha-Statuen in Bamiyan). 2008 entwickelte er auf Wunsch des afghanischen Erziehungsministeriums das Bildungsprojekt „Türme des Wissens“, eine Ausstellung mit Bildern und kurzen Texten, die das historische Bewusstsein und die nationale Identität vor allem für die jungen Menschen in Afghanistan vor fundamentalistischen Einflüssen stärken soll.

überall freundlich aufgenommen zu werden. In Badakhshan klärte meine Frau den Haushalt eines Dorfältesten darüber auf, dass bei der dort neu eingeführten Kartoffel nicht die kleinen grünen Beeren am Strauch essbar sind, sondern wie man die auszugrabenden Knollen zubereiten muss.

Heute völlig unvorstellbar – waren wir damals wochenlang allein unterwegs und fühlten uns niemals bedroht oder gefährdet, sondern immer als Gäste willkommen.

Erst Jahre später erkannten wir, dass es uns damals vergönnt war, einen Blick ins Paradies zu werfen.

Im Frühjahr **1974** brachen wir dann zu einer zweiten, ganzjährigen Reise auf. Zunächst nochmals nach Afghanistan, mit Besuchen beim Minarett von Jam und einer mehrwöchigen Trekking-Tour über den Anjuman-Pass ins Munjan-Tal und weiter nach Sar-e Sang zu den Lapislazuli-Minen.

In einer Herberge in Qala Parian im Panjshir-Tal hatten wir ein überaus eindrückliches Erlebnis, das uns so richtig bewusst machte, wie eng die kulturelle Verbindung zwischen Afghanistan und dem deutschen Sprachraum ist. Ein Geschichtenerzähler trug die afghanische Version des Märchens von ‚Hänsel und Gretel‘ vor: die arme Familie, die weissen Kiesel als Wegweiser für den Rückweg – dann die Brosamen, die von den Vögeln aufgepickt wurden, das Hexenhaus mit grossem Fladenbrot gedeckt und schliesslich der Backofen, in den Gretel die Hexe stiess – was im Gegensatz zu einem europäischen Backofen durchaus machbar scheint.

Auch bei anderen Geschichten, Traditionen und Verhaltensweisen fielen uns nun Parallelen zum Leben in Europa auf, wie es vor der französischen Revolution, vor der Industrialisierung und vor der Zäsur durch die beiden Weltkriege war. Hier in Afghanistan hatte sich manches von dem erhalten, was meine Grossmutter mir als Verhaltenskodex aus ihrer Jugend und aus der Zeit ihrer eigenen Eltern und Grosseltern erzählt hatte. Insbesondere spielte die Familie hier noch eine bedeutende Rolle, da weder der Staat noch Versicherungen im Notfall eine soziale Absicherung für den Einzelnen boten.

Wie in einem Steinbruch die geologische Schichtung klar zutage tritt, so waren in Afghanistan die Umstände des täglichen Lebens im Europa des 18.-19. Jahrhunderts lebendige Gegenwart.

Im Spätherbst **1974** fuhren wir dann weiter nach Pakistan und Indien. Im Vergleich zu Afghanistan fielen uns hier sofort die herrschende Armut und die grosse Distanz zwischen den wohlhabenden Städten der Upper-Class und der armen Landbevölkerung auf. In Pakistan war es vor allem das Militär, das in die Fusstapfen der einstigen Kolonialherren getreten war. Gut ausgebildet, wohl organisiert und dazu mehr als ausreichend finanziert, bildeten die Offiziere das Rückgrat des Landes. In Indien war es dann fast lächerlich, die Geschäftsleute von Delhi mit Bowler Hat und Regenschirm über dem Unterarm – bei strahlend blauem Himmel – die Engländer nachahmen zu sehen. Einerseits gehörte es zum guten Ton englischer als die Engländer zu sein, andererseits gewann zunehmend kommunistisches Gedankengut Einfluss in Politik und Regierung.

Bei genauerem Hinsehen stellten wir dann fest, dass es der indischen Bevölkerung in ökonomischer Beziehung eigentlich sogar besser ging, als den durchschnittlichen Afghanen. Es gab ein gut ausgebautes Schul- und Gesundheitswesen. Strassen, Brücken und Eisenbahnlinien hatten die Engländer in gutem Zustand hinterlassen. Verwaltung und Justiz funktionierten nach englischem System – zwar träge, aber korrekt. Elektrizität und sauberes Trinkwasser stand an den meisten Orten zur Verfügung.

Was aber nicht anzutreffen war, war ein **indisches Selbstbewusstsein**. Ausser einem „Hurra-Patriotismus“ im Andenken an die 1947 erreichte Unabhängigkeit wurde alles Indische als schlecht und minderwertig angesehen. Die Inder fühlten sich arm, gedemütigt und unterwürfig und schämten sich, Inder zu sein.

Im Gegensatz dazu waren die Afghanen zwar materiell gesehen arm, aber sie waren stolz darauf, Afghanen zu sein. Was zählte, war die Stellung in der afghanischen Gesellschaft, die afghanische Lebensweise und Tradition mit Ehre, Ehrlichkeit und Gastfreundschaft. Die materielle Armut war – zumindest auf dem Lande – den Leuten gar nicht bewusst.

Gerne erinnere ich mich an ein Erlebnis in der Nähe von Kunduz: Ich war mit schlechtem Durchfall unterwegs und hielt Ausschau nach einem ‚stillen Örtchen‘. Am Strassenrand stand ein recht gepflegt wirkender Bauer neben seinem Gehöft, den ich bat, sein *Tashnab* benutzen zu dürfen. Freundlich begrüßte er mich, stellte sich in Positur und erklärte mit weit ausholender Handbewegung über seine Felder und mit sichtlichem Stolz: „*Khulish tashnab ast*“ („Hier ist überall Toilette“).

Eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben spielte die Religion: ein praktisch gelebter Islam mit tief verwurzelter Sufi-Tradition, dem jeglicher Extremismus fremd war.

Was ist daraus geworden? Wir haben es miterlebt, wie Afghanistan vom Paradies zum Synonym für Terrorismus, Intoleranz und Korruption geworden ist.

Wie konnte es dazu kommen?

Ein erster Schritt war sicherlich **1973** die Ausrufung der Republik durch Präsident Daud. Insbesondere bei der traditionsgebundenen ländlichen Bevölkerung wurde dadurch eine als ‚gottgegeben‘ angesehene Ordnung zerstört. Andererseits wurden bei der gebildeten städtischen Elite Hoffnungen auf eine raschere Modernisierung geweckt, die aber später kaum eingelöst wurden. Mehr oder weniger blieb alles beim Alten nur zierte jetzt ein Adler die afghanische Flagge – oder wie unser afghanischer Diener es ausdrückte: „Wir haben ein neues Huhn“.

Radikaler war die sogenannte „April-Revolution“, mit der sich 1978 die kommunistisch geprägte ‚*Demokratische Volks-Partei Afghanistans*‘ an die Macht putschte. Ziel der jungen, oft in der Sowjetunion ausgebildeten Parteikader war ein radikaler Wandel der afghanischen Gesellschaft.

Die Häuser der Angehörigen des ‚Establishments‘ wurden geplündert und deren Besitz an Schuhen, Möbeln, Unterwäsche, Fotoalben, Kochgeschirr, etc. auf der *Jaman-e Hozuri* ausgestellt und veramscht. Bereits im Juli **1978** drang ein Stosstrup junger Aktivisten in das Bild-Archiv der Nachrichtenagentur Bakhtar ein. Die Männer stopften die rund zwei Millionen Dokumentaraufnahmen der Geschichte Afghanistans seit 1930 in Jutesäcke, transportierten diese vor die Tore der Stadt und übergaben das ‚bourgeoise Erbe‘ den Flammen. Die Erinnerung an die Vergangenheit sollte ausgelöscht werden.

Mit Dekreten wurde Grundbesitz enteignet und neu verteilt – ohne aber zugleich den neuen Besitzern die notwendigen Mittel für dessen Nutzung, Bebauung und Bewässerung zur Verfügung zu stellen. Frauen und Mädchen wurden in Alphabetisierungskurse gezwungen. In Windeseile sollte eine neue Gesellschaft nach dem Vorbild sowjetischer Republiken aus dem Boden gestampft werden.

Gegen diese Zumutung formierte sich im ganzen Land ein Widerstand, der vermutlich ohne das Eingreifen sowjetischer Truppen an Weihnachten 1979 die kleine Gruppe von Machthabern hinweggefegt hätte.

Die militärische Intervention der Sowjetunion löste eine internationale Solidaritätswelle mit dem afghanischen Widerstand, den *Mujaheddin*, aus. Geld, Waffen und humanitäre Hilfe kamen aus Europa, USA und islamischen Staaten. Dabei spielte nicht nur die politische, sondern auch die religiöse Motivation eine zunehmend wichtigere Rolle. Nicht nur bei den Amerikanern, wie in Buch und Film über „*Charlie Wilson’s War*“ eindrücklich dargestellt, sondern insbesondere auch im Umfeld der wahhabitischen Moslems, die als erste ihren Einsatz gegen die ‚gottlosen Kommunisten‘ als Jihad

verstanden und propagierten. Sie erhielten begeisterten Zulauf aus der arabischen Welt – darunter auch von Osama ben Laden.

Der Glauben – die Religion – und die Überzeugung, ein ‚gottgefälliges Werk‘ zu vollbringen wurde zu einem einigenden Band, das Flüchtlingen und Widerstandskämpfern gleichermassen Hoffnung und Ausdauer gab, durchzuhalten. Diese Situation benützten insbesondere die Organisationen der Deobandi in Pakistan und der Wahhabiten aus Saudi Arabien für ihre Zwecke und intensivierten ihre missionarischen Tätigkeiten. Daraus entwickelte sich eine zweite, der kommunistischen Ideologie diametral entgegengesetzte ‚Gehirnwäsche‘ der afghanischen Bevölkerung, insbesondere in den Flüchtlingslagern entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze.

Damit wurde auch der Boden vorbereitet für die Machtergreifung der Taleban und deren Hintermänner, die sich in dem durch Krieg und Bürgerkrieg geschwächten Afghanistan eine Machtbasis schufen und ausbauten. Nochmals wurde versucht, die afghanische Gesellschaft radikal zu verändern und die Bindung an Traditionen und selbstbewusste Vergangenheit auszulöschen.

So erfolgte unter den Taleban ein zweiter ‚Bildersturm‘, der mit der Sprengung der beiden Buddha-Statuen in Bamiyan seinen sichtbaren Höhepunkt erreichte. Doch die Welt blickte gleich wieder weg – bis zum **11. September 2001**.

Erst der Schock dieses Angriffs auf das Zentrum der sogenannten ‚Freien Welt‘ führte dazu, dass man Afghanistan wieder zur Kenntnis nahm. Die Verfolgung der Attentäter und die Beseitigung ihrer Gastgeber wurden zum erklärten Ziel einer westlichen Allianz. Doch die Verantwortlichen der Terror-Anschläge brachten sich rasch im Nachbarland in Sicherheit. Zurück blieb das afghanische Volk, das in Ermangelung eines tatsächlichen Gegners die ‚Massnahmen‘ der ausländischen Streitkräfte über sich ergehen lassen musste.

Es waren nicht nur die militärischen Massnahmen, mit denen die afghanische Gesellschaft zurechtkommen musste; auch die moderne Technik und humanitäre Hilfsorganisationen brachen über das Land herein.

An Weihnachten 2001 hielt ich mich in Bamiyan auf, um vor den ersten Schneefällen die Trümmer der Buddha-Statuen mit riesigen Blechen zu schützen. Zum Mittagessen gingen wir ins beste Lokal am Ort, das „*Shar-e Gholghola*“. Doch es schien geschlossen zu sein, denn kein Laut war aus der Gaststätte zu hören. Trotzdem gingen wir hinein und trafen auf eine andächtige Versammlung von Gästen, die auf einem grossen Bildschirm mit aufgerissenen Augen und ebenso offenen Mündern einen freizügigen italienischen Spielfilm mit Sofia Loren verfolgte.

Doch moderne Technik kann auch ihre guten Seiten haben. Der Ausbau der Mobiltelefonie z.B. wurde von der afghanischen Bevölkerung begeistert angenommen und genutzt. Diese Einrichtung hat ganz wesentlich zu einer neuen Vernetzung der Bevölkerung und zur Verbesserung der Sicherheit beigetragen, indem es möglich wurde, im Fall einer Bedrohung Hilfe herbei zu rufen. Deshalb sind die Mobilfunk-Antennen heute ein vorrangiges Ziel krimineller Banden geworden.

Problematischer sind manchmal die Auswirkungen gutgemeinter humanitärer Hilfe.

Die deutlich **verbesserte medizinische Versorgung** hat zu einer wahren Bevölkerungs-Explosion beigetragen, sodass Afghanistan heute seine Bewohner nicht mehr aus dem eigenen Boden ernähren kann – nicht einmal in besonders guten, regenreichen Jahren.

Eine **bessere Schulbildung** ist für die Betroffenen sicher wünschbar und erstrebenswert; für die ganze Gesellschaft führt sie aber dazu, dass dieser ‚Drang nach Höherem‘ einen Mangel an Arbeitskräf-

ten in der Landwirtschaft bewirkt. Dies ist in einem Land wie Afghanistan, dessen Wirtschaft nach wie vor ihren Schwerpunkt im Agrarsektor hat, katastrophal. Zudem sind adäquate Arbeitsplätze für die gut ausgebildeten jungen Leute in Afghanistan Mangelware – insbesondere nach dem Abzug der ISAF und zahlreicher ausländischer Hilfswerke.

Wie soll das nur weitergehen?

Die Initiativen jungen Afghanen haben rasch einen Ausweg gefunden: die Emigration nach Europa. Doch dadurch fehlen dem afghanischen Staat und Gemeinwesen die guten Leute zum Wiederaufbau des Landes und der Gesellschaft.

Nach bald 40 Jahren Krieg und Bürgerkrieg, ausländischer Einmischung, ideologischer und religiöser Indoktrination, nachdem fast die Hälfte der afghanischen Bevölkerung in die Flucht getrieben wurde und die traditionellen Beziehungen und Besitzverhältnisse zusammengebrochen sind, fällt es schwer, eine Lösung zu finden.

Doch die Afghanen sind nicht die Ersten und Einzigen, die vor solchen Problemen stehen. Denken wir an die Juden und Armenier, die auf der ganzen Welt verstreut lebten. Denken wir an die Menschen in ehemaligen Kolonien, z.B. an die Inder. Erfolgreich waren jene Bemühungen, an deren Beginn eine Rückbesinnung auf die eigene Identität stand. Eine Wiederbesiedlung des ursprünglichen Lebensraums, eine Rückbesinnung auf kulturelle Werte und Traditionen, verbunden mit einer sinnvollen Anwendung moderner Technologien. Also nicht ein Rückfall ins ‚dunkle Mittelalter‘, sondern ein Neubeginn auf der Basis einer Vergangenheit, auf die man stolz sein kann und die eine stabile Grundlage für die Zukunft bietet.

Was können wir – was kann Deutschland – dazu beitragen?

Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass eine wichtige Aufgabe, die wir übernehmen können, darin liegt, den Afghanen dabei behilflich zu sein, ihre kulturelle Identität zu bewahren und wieder zu beleben. Diesem Ziel hat sich seit langem nicht nur die Stiftung Bibliotheca Afghonica gewidmet, die vor 40 Jahren mit Unterstützung der „Arbeitsgemeinschaft Afghanistan“ gegründet wurde, sondern auch das deutsche **Auswärtige Amt** hat in Afghanistan in diesem Sinne gewirkt.

Als Massnahmen des Kulturgüterschutzes wurden durchgeführt:

- Renovationsarbeiten im *Bagh-e Babur*;
- Renovation des *Koti Baghcha*, des Regierungssitzes von Emir Abdurrahman Khan;
- Sicherungsmassnahmen der Stätten in Bamiyan;
- Die Zitadelle von Herat wurde saniert und mit einem Museum ausgestattet.

Konkrete Massnahmen **unserer Stiftung** zur Bewahrung der kulturellen Identität waren:

- auf Wunsch der Taleban und der Nord-Allianz die Einrichtung des „**Afghanistan-Museums im Exil**“ in der Schweiz, das 2007 mit Hilfe der Bundeswehr nach Kabul repatriert wurde;
- die Ausstellung „**Türme des Wissens**“ die auf Wunsch des afghanischen Erziehungs-Ministeriums in 68 Exemplaren für alle Provinzen des Landes hergestellt wurde;
- die Website der „**Phototheca Afghonica**“ auf der über 3.000 historische Aufnahmen zur Geschichte Afghanistans zu sehen sind. (www.phototheca-afghonica.ch)

Angesichts der enormen Zerstörungen innerhalb Afghanistans ist es uns zumindest teilweise gelungen, die Rolle einer Art „Arche Noah“ afghanischer Geschichte und Kultur zu übernehmen.

Das Bewahren kultureller Identität darf aber nicht zum Selbstzweck werden; es soll nur die Voraussetzungen schaffen, damit das Land und die Gesellschaft gemäss den eigenen, gewachsenen Vorstellungen und den aktuellen Gegebenheiten wieder funktionsfähig gemacht werden kann.

Der wichtigste Punkt dürfte wohl sein, den Afghanen zuzuhören, was sie selbst sich wünschen, was sie als wichtig und dringend ansehen. Dabei geht es nicht nur um die Wünsche der Politiker und intellektuellen Elite, sondern ebenso um die Bedürfnisse der Bauern und Handwerker.

Was wird von ihnen als wichtig für den Fortbestand einer Familie gesehen: eine Wasserpumpe oder 10 Schafe, medizinische Betreuung, oder dass alle Kinder lesen und schreiben lernen?

Welche Massnahmen nützen nicht nur dem Einzelnen, sondern der ganzen Gesellschaft?

Aber bedenken wir auch: Wozu sind wir überhaupt in der Lage und wie weit reichen unsere personellen und finanziellen Mittel?

Spätestens jetzt sollten wir realistisch erkennen, dass nicht wir Ausländer Afghanistan wieder aufbauen können, sondern dass dies vor allem eine Aufgabe der Afghanen selbst ist.

Rethinking talking with the Taliban, in a changed world

Michael Semple³

Introduction

After Paris, Europeans have been asked to defend European values and freedoms from jihadi terrorists. Most observers recalled George Bush's description of the 9/11 terrorism as an attack on American values. However there is a rather different parallel. Soon after the US toppled the Taliban regime in Afghanistan, Taliban sympathisers invoked a similar rationale to explain the invasion: "The US could not tolerate the implementation of the *Shariat* of the Prophet Mohammad. It invaded Afghanistan because it feared the example that would be set by an Islamic movement implementing the law of God." The argument has entered the Taliban language of diplomacy. Officials of their Political Commission in Qatar have periodically used the argument, pointedly contradicting the US explanations for the invasion.

The idea that western intervention in Afghanistan is part of a war on Islam rather than one on terrorism is an old one and was not simply an opportunistic response to *ihadists* need for new narratives after 9/11. One of the spiritual guides of the Taliban Movement, Mufti Rasheed Ahmad, delivered a warning to the Taliban, at a time when the rest of us considered western military intervention completely off the agenda. He wrote that their movement to enforce the *Shariat* would inevitably lead them into confrontation with the amassed forces of the unbelievers, who would never tolerate the building of a true Islamic state in Afghanistan. Through Mufti Rasheed himself, the idea of confrontation gains a long pedigree. In his memoirs Rasheed relates an incident in 1933, when, as a young boy of 11 years, on his way to his first *madrasah*, he encountered a "gentleman", in other words either a European or someone who dressed and behaved like a European. The gentleman informed Rasheed that training to become a mullah would be a waste of his life. In Mufti's words, "the gentleman could not succeed in making me hate my religion." Rasheed went on to study the hadeeths and the principles of jihad under Ustad Madani in Dar ul Uloom Deoband. But Ustad Madani had himself been a student of Ustad Mahmood Hassan, architect of the Silk Letter Conspiracy. In 1915, Mahmood and a group of Indian clerics had travelled to Kabul to woo the Afghan king Ameer Habibullah and the Ottoman Caliph in Istanbul, for support in restoring Muslim pre-eminence in India. Of course, relevant for today's conference, during this mission, the teacher of the teacher of the guide of the Taliban movement may well have met and talked with German envoy Otto von Hentig. The ideas underpinning the Taliban Movement have a long lineage which grounds them in the nineteenth and twentieth century colonial encounter in Afghanistan and the Sub-continent.

I mention the history of ideas because proposals for peace-making the Taliban have two levels of significance. The first level is the practical, instrumental one. Maybe there is a way to cut a deal with the Taliban that stops the fighting. There are several variants of this approach. In instrumentalist terms, the Taliban are useful to the extent that they are willing and able to reduce violence in Afghanistan. But peace-making with the Taliban is also significant on a second level, in terms of engaging with the broader notion of confrontation. When the US attacked Afghanistan in 2001, the world was still enjoying the post Cold War peace dividend and the rest of the Muslim world was relatively tranquil. But since then the number of anti-western jihadi movements fighting against their national governments has proliferated. And now we have Paris and the idea of confrontation has spread to

³ Michael Semple ist Gastprofessor am Institute for the Study of Conflict Transformation and Social Justice (IS-CTSJ), Queen's University Belfast. Von 2004 bis 2008 war er stellvertretender EU-Botschafter in Afghanistan. Er verbrachte mehr als 25 Jahre seines Lebens in Afghanistan und Pakistan und hat dort auch für unterschiedliche internationale NGOs und staatliche Institutionen (z. B. die UN) gearbeitet.

Europe. But if the Taliban were to make peace with their Afghan rivals in the Kabul government, they would have to say that the jihad had reached its apogee and it was no longer incumbent on men to fight. Such a declaration by a movement which has been important to the development of the global jihad over the past two decades would be immensely significant because of the precedent it set for other theatres of the jihad from Syria to Europe.

Reappraising the Taliban in late 2015

In 2001, the philosophical case for engagement with the Taliban could have been made in much the same way as today. But in reality in the era of the Bonn Settlement there was almost no discussion about how the Taliban might be brought into the new political order. The main reason that few people talked then about including the Taliban as one of the parties to the Afghan peace was that it seemed unnecessary. Facts on the ground seemed to render the idea of Taliban engagement irrelevant. Taliban power collapsed rapidly in the face of the international intervention. Other leaders emerged to represent every part of Afghan society - after all we had Pashtuns Haji Qadeer and Padeshah Khan Zadran in Bonn, from the same ethnic group which predominated in the Taliban. By December 2001, there seemed to be no further trace of the Taliban Movement in Afghanistan. The parties who were represented in Bonn and public opinion were glad to be rid of the Taliban and had no interest whatsoever in seeing them invited back into the political process. The Taliban chapter seemed to be closed.

The position in 2015 is different first of all because of what is happening on the ground in Afghanistan.

In terms of the extent of Taliban control, there is no single agreed account of just how far the Taliban revival has proceeded. Routinely Taliban figures now claim that they control 80% of Afghanistan. One US estimate is that the Taliban Movement controls 35 of Afghanistan's 398 districts and contest another 35 (latest estimate from LWJ). But these figures probably underestimate the extent of Taliban control. It would be more realistic to put it this way:

- The Taliban control and administer say 40% of rural Afghanistan
- The Taliban operate in but do not actually control another 30% of rural Afghanistan. They are able to prevent the government from administering these areas
- Only about 30% of rural Afghanistan is free from imminent Taliban threat and thus under pro-government control, mainly areas where ethnic geography (e.g. predominantly Hazara population) ensure no local support for the Taliban.

AND the Taliban are in a position to intercept traffic at points on all national highways, meaning that inter-city travellers, or people trying to reach otherwise secure areas, are at the mercy of the Taliban.

Therefore it does not matter how unpopular the Taliban are in opinion surveys (the main survey in 2015 showed that sympathy for the Taliban has almost halved since 2009). The movement already probably holds more sway over rural Afghanistan than the Kabul government. This means that the 2015 context is radically different from the December 2001 context.

In terms of the intensity of fighting, violence continues at a high level, with the Taliban responsible for around three quarters of insurgent attacks. They have also succeeded in bringing their military campaign into all regions of the country. The Taliban war is too dangerous to ignore and too widespread to be contained in one corner of the country. In terms of overall fatalities (military and civilian), the Afghan conflict is still classified as one of the four wars globally in which over 10,000 people per year are killed annually - Syria, Iraq, Afghanistan and Nigeria. However one of the indicators people use to track Afghan violence is civilian casualties. By this measure, violence plateaued in 2015, as

measured by civilian casualties in the first half of the year - around 1,600 civilians killed and twice this number injured. These figures were similar to the figures for 2014. The implication is that, in the face of the withdrawal of most of the international force the Taliban have retained the motivation and ability to keep up their attacks. I interpret this as demonstrating that they have slipped into the mode of the long war - the campaign is not meaningfully pegged to any short term timetable such as troop withdrawal. The brief is to fight as long as is necessary. For now, this Taliban strategy seems to have made peace in Afghanistan unattainable.

In terms of the politics and cohesiveness of the Taliban Movement, there have periodically been discussions about whether the Taliban Movement really exists in the sense of whether it has centralised command and control and whether the commanders in the districts really follow the instructions of the leadership in Pakistan.

To people with experience of Afghanistan in the 1980's the suggestion that the Taliban field commanders might be in effect autonomous should not seem unreasonable. After all that was the reality of Afghanistan in the era of the jihad - commanders built up armed groups in their home areas. They sent representatives to Peshawar, Quetta or Mashad to look for weapons and sometimes flew a party flag as the price of those weapons. But the *mujahideen* parties barely existed on the ground and never really commanded an army.

For the past decade I have argued that the Taliban are different. The whole point about the Taliban movement is that it combines both a centralising and a decentralising ethos. The central point in the movement's doctrine is absolute obedience to the leader. The leader authorises a unitary structure, with governors appointed throughout the country and a *tashkeel*, authorised military forces structured in fronts, also deployed across the country. The military commission provides strategic guidance to these fronts and thus ensures that there is a national campaign plan. The Taliban have a far stronger claim than the *mujahideen* had, to be in control of an army fighting throughout Afghanistan. And their decentralised ethos complements the centralising tendencies. Because the fighting force is still largely recruited from madrassahs - young men with some level of religious education - they share a common ethos, culture. This means that they can also act without instructions - Taliban know what to do, how to fight as Taliban even when no instructions have arrived from the Military Commission. Yes, the Taliban have a unified command.

But in 2015 we have to update the story. The revelation of the death of Mullah Omar set the scene for the first major split in the Taliban Movement. The potency of the doctrine of obedience to the *ameer* for twenty years acted as a disincentive to splits. Now that Akhtar Mohammad Mansoor has had himself proclaimed *ameer*, replacing Mullah Omar, a rival group has emerged from the leadership. They dispute Mansoor's claim and instead back Mullah Mohammad Rasool as *ameer*, styling themselves the supreme council of the Islamic Emirate. It took two and a half months of manoeuvring for the faction to emerge, but the split is now real.

To a large extent, the centralised structures of the Taliban movement persist and are still loyal to Mansoor - the Taliban's commissions, governors and most of the commanders swore loyalty to Mansoor. Therefore, to challenge him, Rasool has had to start building up a sort of parallel parallel structure. So far Rasool's main achievement is that he has gathered enough field commanders to deter Mansoor from just having him killed (which would be Mansoor's preferred course of action). But in terms of any indication of support, Rasool's version of the Islamic Emirate is far weaker than that of Mansoor's. Rasool's real significance is not that he has weakened the Emirate militarily, it is that he has helped undermine the Taliban's case for legitimacy. Hitherto the Taliban have claimed to be following a divinely guided leader on a mission to impose God's law. An unresolved power struggle for the leadership weakens that claim to divine guidance, a point which has been made by several senior Taliban clerics.

A note on Taliban and the migration crisis

Further to place today's Taliban in the changed context, it is worth considering the extent to which the Taliban are a significant factor in Europe's migrant crisis, now that we have 150,000 Afghans a year seeking asylum in Europe. Few Afghans really trek all the way to Germany just to escape from the Taliban. In reality those who are concerned for their safety can find shelter in the urban areas which are not controlled or, for now, threatened by the Taliban. Instead, to my mind, the relationship between the Taliban and the migrant crisis is that the Taliban have helped create the overall situation - one of a lack of hope, economic stagnation, and sense of impending collapse, from which people flee.

Evolution of the case for Taliban engagement

Since 2001, the Taliban movement, the situation in Afghanistan and the international context have all evolved radically. During this evolution a range of ideas have been proposed rationalising dialogue with the Taliban and ultimately a peace process which includes the Taliban. Interestingly, some of the latest ideas sort of turn the process on its head, focusing on influencing the Taliban as much as talking with them. Here are several of them paraphrased:

The strategic gambit - "Pakistan uses the Taliban to pursue a proxy war in Afghanistan. Therefore we should reach agreement with Pakistan first, which will then ensure that the Taliban come to the table and agree to end the war". This is the main idea pushed by President Ghani.

The economic case - "Security expenditure by the Afghan state is unsustainable and makes any form of development impossible. This expenditure is necessitated by the Taliban insurgency. We need talks to bring down the level of violence and free up money from security expenditure for social and economic development and deduced external dependency." Bill Byrd, former World Bank adviser is the clearest exponent of this idea.

The ultimate Realpolitik case - "America does not need to be against peace. Talks will never produce a settlement but for the Kabul government and its allies to maintain their legitimacy they must show they are open to peace". Some top US officials have endorsed this approach, although not all are so cynical.

The grand vision from Kabul - "If all Pashtuns or all Afghans could only come together, under my benign leadership, then we would no longer be dependent on either the Americans or the Pakistanis". This thinking may have underpinned some of former President Karzai's overtures to the Taliban.

The reassuring voice of the Taliban - "Once all invaders and foreigner have left Afghanistan, everything will be fine and the Taliban will be gracious in dealing with their fellow countrymen. Meanwhile we can talk with the American about when they are going to leave and with Afghans about how they can learn to love us." The Taliban office in Qatar happily projects this in "track two dialogues".

The splittist idea - "It will be far easier to deal with a divided - and weakened Taliban movement, so let us find the moderates and talk with them." Although they never really got very far with it, top US officials certainly entertained this idea.

The unnecessary enemy - "ideologically and politically the Taliban are worlds removed from Al Qaeda but they have been unfairly bracketed together. The Taliban are a part of the Afghan political scene

and so anyone working on Afghan politics simply has to set aside the old misplaced scruples and talk with the Taliban”. Alex Strick and Felix Kuehn assembled much of the evidence for this idea, which helped smooth the way for US engagement.

Going forward on Taliban engagement

It is evident that the parties to the Afghan conflict approach the possibility of engagement with the Taliban informed by a range of different ideas. Nevertheless, the fragility of the current dispensation in Kabul and its enduring importance for the broader international environment mean that talking with the Taliban is again in vogue. Several preparatory steps might enhance the chances for more positive outcomes emerging from the latest attempts than have been achieved previously. The enthusiasts for talks should be clear on which of the different rationales above inspire them and their partners. The talkers should ensure that they have updated their knowledge on the Taliban, rather than being informed only by what they hear from interlocutors in the talks. Someone should think ahead to what an agreement might eventually look like, and thus alert themselves to potential challenges in rendering it palatable in key constituencies. And above all, talking should be guided by the art of the possible. What is possible in Afghanistan, a decade and a half after peace was meant to come to the country but it did not, is very different from what looked possible when delegations met in Bonn in November 2001. Nevertheless, if talking really can help bring down violence or undermine the notion of Islam being involved in a global confrontation, then it is still eminently worthwhile.

Was lässt sich aus dem Afghanistaneinsatz für künftige politische Entscheidungen lernen? (Auszug)

Winfried Nachtwei⁴

2014 ging der bisher komplizierteste, teuerste und opferreichste Großeinsatz der Bundeswehr mit ISAF zu Ende. Die neuen Kriegsbrände in der europäischen Nachbarschaft verdeutlichen, wie sehr Deutschland gefordert ist, bei der internationalen Krisenbewältigung mehr und wirksamer Verantwortung zu übernehmen – im Interesse kollektiver und eigener Sicherheit und zum Schutz der Menschenrechte. Um dies „früher, entschiedener und substanzieller“ (Bundespräsident Gauck) tun zu können, ist es unabdingbar, aus bisherigen Erfahrungen zu lernen – gerade aus dem Afghanistaneinsatz. Das gilt umso mehr angesichts der aktuellen Flüchtlingswelle aus Afghanistan, die die Wirksamkeit, ja den Sinn des internationalen Afghanistanengagement infrage stellt.

Zwischenbilanz

Das erste Hauptziel des Afghanistaneinsatzes war, dem internationalen Terrornetzwerk Al Qaida sein Hinterland zu nehmen. Das gelang zunächst, allerdings weder gründlich noch nachhaltig. Der US-geführte, entgrenzte „war on terror“ war auf der taktischen Ebene überaus wirksam, konnte aber die Ausbreitung terroristischer Netzwerke keineswegs schwächen – im Gegenteil. Vor allem über den Krieg im Irak wirkte er als regelrechter Brandbeschleuniger.

Das zweite militärische Hauptziel war, die vorläufigen Staatsorgane Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung so zu unterstützen, dass sie und das Personal der UN in einem sicheren Umfeld arbeiten könnten. Nach der ISAF-Ausweitung ab 2003 und den Fortschritten der ersten Jahre kehrte ab 2006 erkennbar Krieg nach Afghanistan zurück – erst im Süden und Osten, ab 2008 auch in Teilen des Nordens. Taliban und andere bewaffnete Gruppen konnten sich reorganisieren und binnen weniger Jahre zu einer Aufstandsbewegung aufwachsen, deren Angriffen Abertausende afghanische Sicherheitskräfte, Zivilpersonen und alliierte Soldaten zum Opfer fielen. Die Verstärkung vor allem der US-Kräfte und die *Counterinsurgency*-Offensive ab 2010 konnte wohl 2012 den Trend der sich ständig verschlechternden Sicherheitslage stoppen. Parallel zum Rückzug der ISAF-Kampftruppen erst aus der Fläche und dann aus dem Land verschlechterte sich die Sicherheitslage aber wieder. Im ISAF-Abzugsjahr 2014 stieg die Zahl der Zivilopfer um 22% auf 10.548 Tote und Verletzte, in 2015 auf 11.000 – die höchste Zahl an Zivilopfern seit 2002. Im Klartext: ISAF wurde zurückbeordert, ohne dass sein militärischer Auftrag, ein sicheres Umfeld zu befördern, erfüllt gewesen wäre. Die seit 2006 forciert aufgebauten afghanischen Sicherheitskräfte operieren inzwischen selbstständig, sind aber vielfach überfordert und erleiden extreme Verluste. Das ehemalige deutsche Hauptverantwortungsgebiet im Nordosten erlebte inzwischen einen regelrechten Sicherheitsabsturz.

⁴ Winfried Nachtwei war von 1994 bis 2009 Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90 / Die Grünen. Er war Mitglied des Verteidigungsausschusses und sicherheits- und abrüstungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Ein Schwerpunkt seiner parlamentarischen und gesellschaftspolitischen Arbeit bildet bis heute die „Zivile Krisenprävention“. Er ist u.a. Co-Vorsitzender des Beirats Zivile Krisenprävention der Bundesregierung und im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) aktiv. Seit 2001 reiste er 18 Mal nach Afghanistan und verfasste darüber vielbeachtete Reiseberichte. Bis heute kommentiert er regelmäßig die Entwicklungen in Afghanistan sowie die deutsche und internationale Politik zu Afghanistan (www.nachtwei.de). Der vollständige Beitrag ist erschienen in Alois Bach/Walter Sauer (Hrsg.), *Schützen, Retten, Kämpfen – Dienen für Deutschland*, Carola Hartmann Miles-Verlag Berlin 2016, S. 281-293, Veröffentlichung des Freundeskreises Zentrum Innere Führung.

Beim dritten Hauptziel, der Förderung von Aufbau und Entwicklung, gab es unbestreitbar Teilfortschritte, allerdings mit erheblichen regionalen Unterschieden: deutlich gesunkene Kindersterblichkeit, verbesserte Zugänge zu Trinkwasser, Energie, vor allem Bildung, Kommunikation, Medien, Verkehrsinfrastruktur. Trotzdem: Afghanistan bleibt eines der ärmsten Länder der Welt. Staatliche Institutionen wurden aufgebaut, sind oft aber eher Fassaden und geschwächt durch enorme Kapazitätsmängel, schlechte Regierungsführung und exzessive Korruption – eine Hauptquelle der Aufstandsbewegung.

Früh vertane Chancen

Wer 2002 nach Kabul kam, sah die krassen Zerstörungen, erlebte viel Hoffnung und hohe Erwartungen. Dass viele Hoffnungen enttäuscht und Ziele nicht erreicht wurden, dass der anfängliche Stabilisierungseinsatz zur Aufstandsbekämpfung eskalierte und Krieg zurückkehrte, wurde durch mehrere **strategische Fehler** begünstigt:

- Die internationale „Gemeinschaft“ agierte jahrelang auf der Basis allgemeiner UN-Mandate ohne gemeinsame Strategie, ja mit konträren strategischen Ansätzen und mit nur geringem Verständnis der komplexen, fragmentierten afghanischen Gesellschaft.
- Staaten, die primär den Aufbau unterstützen wollten, unterschätzten die Herausforderung von Staatsaufbau unter solchen widrigen Voraussetzungen („Billig-Statebuilding“). Exemplarisch zeigte sich das in der personellen Unterausstattung der deutschen Führungsrolle beim Polizeiaufbau oder der lange Zeit äußerst mageren operativen Komponente des Auswärtigen Amtes im Norden.
- Wo die militärische Terrorbekämpfung im Mittelpunkt stand, agierten alliierte Kräfte vielfach wie Besatzer, verletzten und verloren *hearts and minds* der Bevölkerung, die zu gewinnen später der Dreh- und Angelpunkt der *Counterinsurgency*-Strategie sein sollte.
- Fixiert auf Zentralstaatlichkeit vernachlässigte die internationale Gemeinschaft lange die in Afghanistan so wichtige regionale und lokale Ebene. Kurzfristige Stabilisierungsinteressen beförderten Bündnisse mit Kriegsherren und Repräsentanten schlechter Regierungsführung – auf Kosten der Förderung legitimer Staatlichkeit und internationaler Glaubwürdigkeit.
- Viele Jahre blieben die zivilen Aufbauanstrengungen weit hinter dem militärischen Kräfte- und Ressourceneinsatz zurück. Als die internationale Aufbauunterstützung ab 2008 forciert wurde, waren viele Chancen verpasst, war schon sehr viel Vertrauen verloren gegangen.
- Die grundsätzlich notwendige Vernetzung staatlicher Akteure („vernetzte Sicherheit“, *comprehensive approach*) litt in der Praxis unter einem Mangel an Zielkohärenz, ausgewogenen Kapazitäten und ressortübergreifender Planung, Vorbereitung, Führung und Auswertung des Gesamtengagements.
- Die Suche nach einer politischen Lösung des Gewaltkonflikts begann erst, als die Taliban wiedererstarkt waren und auf ihre strategischen Stärken (Nähe zu Teilen der Bevölkerung, Rückzugsraum Pakistan, strategische Geduld) setzen konnten.
- Ausgeblendet blieb lange Zeit die pakistanische Seite des Gewaltkonflikts.

Diese Großfehler konnten sich so lange halten, weil sich Deutschland wie die meisten anderen Staaten im Multilateralismus „versteckten“. Jeder leistete seinen Beitrag und kümmerte sich in nationaler Nabelschau fast nur um diesen. Kaum jemand nahm die Erfahrungen der anderen wahr (z.B. der Niederländer in Uruzgan) und machte sich Gedanken um eine tragfähige gemeinsame Strategie. Hinzu kamen Mechanismen und Mentalitäten von Schönrederei, die zusammen mit dem Primat innenpolitischer Interessen und dem Motiv der Selbstrechtfertigung in vielen Hauptstädten eine unheilige Allianz bildeten. Das Ergebnis waren strukturelle Unehrlichkeit, Selbsttäuschung und Realitätsverlust. Vielfach einhergehend mit unzureichender interkultureller Kompetenz und einem Mangel an institutionalisiertem Lernen erschwerte das eine Politik mit Bodenhaftung und Erfolgsaussichten. Vor diesem Hintergrund war es geradezu zwangsläufig, dass in den ISAF-Ländern die anfängliche gesell-

schaftliche Akzeptanz des Afghanistaneinsatzes im Laufe der Jahre umkippte in mehrheitliche Skepsis, ja Ablehnung.

Vielen Hunderten deutschen Soldaten, aber auch Polizisten, Zivilexperten und Diplomaten bin ich in Afghanistan und nach ihrer Rückkehr begegnet. Ich habe sie als sehr professionell, motiviert, umsichtig, als tatsächliche Unterstützer mit Respekt gegenüber den Einheimischen erlebt – nicht als Besatzer die einen oder als Missionare die anderen. Sie haben sich um den Aufbau des Landes und Friedenssicherung verdient gemacht.

Der Knackpunkt des mit der Zeit abdriftenden Einsatzes war ein kollektives politisches Führungsversagen in den Hauptstädten, auch in Berlin. Es ging einher mit einem wachsenden Vertrauensverlust der politischen Führung unter den Soldaten. Wo zunehmend mehr Soldaten am Einsatzerfolg zweifelten und zurückgeworfen waren auf ihre Professionalität und die Kameradschaft der Kampfgemeinschaft, wurde dem Staatsbürger in Uniform eine wesentliche Lebensbedingung entzogen. Als Mitauftraggeber der Einsätze trugen der Bundestag und besonders wir Außen- und Verteidigungspolitiker hierfür erhebliche Mitverantwortung.

Verlässliche Aufbaupartnerschaft

Im Dezember 2014 beschloss der Bundestag die deutsche Beteiligung an der ISAF-Nachfolgemission Resolute Support (RSM). Diese Beratungsmission vor Ort ist, zusammen mit Polizeiberatern, unverzichtbar, damit die afghanischen Sicherheitskräfte sich festigen können und nicht schnell zerbröseln. Zweifelhaft war von Anfang an, ob mit dem sehr begrenzten Kräfteansatz und dem engen Zeitplan (Rückzug auf Kabul in 2016 und Vollabzug Ende 2016) der Auftrag überhaupt seriös erfüllbar war. Der Eindruck drängte sich auf, dass nach den Aufbauillusionen der ersten Jahre nun Abzugsillusionen dominierten. Der Fall von Kunduz im Oktober 2015 verstärkte diese Zweifel und trug zu einer – zumindest graduellen – Korrektur des Zeit- und Kräfteansatzes von RSM bei.

Die Internationale Gemeinschaft hat der afghanischen Regierung und Bevölkerung eine Aufbaupartnerschaft zugesichert. Für Deutschland bleibt Afghanistan das Schwerpunktland der Entwicklungszusammenarbeit. Ob die zugesagte Aufbaupartnerschaft aber auch verlässlich durchgehalten wird, ist keineswegs sicher. Die verschärfte Sicherheitslage schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit immer mehr ein. Zugleich gerät der politische Wille mehrfach unter Druck: Die unübersehbare, auch plausible Afghanistan-Müdigkeit nach 14 Jahren, die Konkurrenz und Bedrohlichkeit der neuen, näheren Krisen und Kriege.

Trotzdem: An Afghanistan verlässlich „dranzubleiben“, ist ein Gebot friedens- und sicherheitspolitischer Klugheit und Weitsicht. Es ist ein Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung in einem Land, wo Deutschland relativ viele Wirkungsmöglichkeiten hat. Es ist nicht zuletzt eine Verpflichtung gegenüber den Zehntausenden Frauen und Männern in Uniform und Zivil, die demokratisch legitimiert nach Afghanistan entsandt wurden und deren Einsatz nicht umsonst gewesen sein darf.

Schlussfolgerungen für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Zeitweilig gab es in der öffentlichen Debatte Tendenzen, den Afghanistan-Kampfeinsatz der letzten Jahre als Blaupause zu nehmen: einerseits als Muster künftiger Auslandseinsätze mit intensiver Aufstandsbekämpfung; andererseits als angeblichen Beleg für die Pauschalbehauptung, Auslandseinsätze seien gleichzusetzen mit Krieg und deshalb generell abzulehnen.⁵ Beide Schlussfolgerungen sind

⁵ Bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr kam es in höchst unterschiedlichem Maße zu Schusswaffeneinsätzen: In Bosnien & Herzegowina keine Feuergefechte, nur vereinzelte Warnschüsse; im Kosovo nur wenige Schusswaffeneinsätze; in Afghanistan (ISAF) von 2002 bis 2005 nur ein gemeldeter Schusswechsel, von 2006 bis

falsch. Vergessen gemacht wird dabei das breite Handlungsspektrum der realen Stabilisierungseinsätze, die sich keineswegs reduzieren lassen auf Gefechte einerseits und Brunnenbohren andererseits und die mit SFOR und KFOR auch erfolgreich den Ausbruch neuer Kriegsgewalt verhüteten.

Strategiebildung: Der von Außenminister Steinmeier angestoßene „Review-2014“-Prozess förderte die überfällige außen-, friedens- und sicherheitspolitische Kursbestimmung und Verständigung. Der Weißbuch-Prozess des Verteidigungsressorts hat mit seiner erstmaligen Einbeziehung von Fachöffentlichkeit das Potenzial, in dieselbe Richtung zu wirken.

Die Bundesregierung sollte dem Bundestag jährlich einen Bericht zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands vorlegen. Über die Grundlagendokumente der Ressorts hinaus braucht es aber eine friedens- und sicherheitspolitische Strategie. Auch wenn Spitzen der Bundesregierung eine Strategieentwicklung sehr skeptisch sehen. In Zeiten sprunghafter und unübersichtlicher sicherheitspolitischer Herausforderungen ist ein solcher strategischer Kompass notwendiger denn je – für die wachsende Zahl der Akteure und Durchführenden deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, für die deutsche Öffentlichkeit, für internationale Partner.

Der Krieg in der Ukraine und der Klimasturz zwischen EU/NATO und Russland haben unerwartet die Bündnisverteidigung wieder hochaktuell gemacht. Ernüchert wird festgestellt, wie ausgedünnt die entsprechenden Fähigkeiten sind wie komplex die Bedrohungen durch hybride „Kriegführung“ sind. Eine Kurzschlussreaktion wäre es, über diese unabweisbaren Herausforderungen die deutschen Beiträge zu internationaler Krisenbewältigung hintanzustellen und zu vernachlässigen. Fragilität und zerfallende Staaten sind weiterhin eine Primärbedrohung menschlicher wie internationaler staatlicher Sicherheit. Der historische Zerfall regionaler Ordnungen an der Süd- und Südostflanke der EU und die gegenwärtigen und absehbaren Flüchtlingsströme zeigen das mehr als deutlich.

Die Wirkungsmöglichkeiten „des Westens“ sind massiv geschrumpft. Angesichts des relativen Rückzuges der USA aus Europa und dem Nahen Osten sind die Europäer bei ihrer Sicherheitspolitik vermehrt sich selbst überlassen. Als Mitglied von UN, EU, NATO und OSZE und wirtschaftlich stärkstes Land Europas steht Deutschland nun verstärkt in der Pflicht, zur Eindämmung und Lösung internationaler Krisen und Gewaltkonflikte beizutragen – und zwar im ganzen Spektrum der in der UN-Charta aufgeführten Mittel. Eindeutig Vorrang haben dabei diplomatische und zivile Mittel. Aber militärische Mittel und Zwangsmaßnahmen bis zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte gehören auch dazu. Diese können schneller gefordert sein, als die verbreitete Interventionsmüdigkeit vermuten lässt: Der ausgeweitete Mai-Einsatz, angestrebte Waffenstillstände in Syrien und Libyen, die ohne militärische Absicherung schnell verpuffen würden, verdeutlichen das.

UN-Orientierung: In der Frage, ob für Deutschland Krieg wieder ein Mittel der Politik sei, herrscht viel Durcheinander. Als sei die Präambel des Grundgesetzes und die UN-Charta für deutsche Politik nicht verbindlich. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die Friedenspolitik sein soll und will, braucht eine klare und stärkere UN-Orientierung, ein glaubwürdiges, nicht instrumentelles Verhältnis zu den UN-Normen. Das ist für die Legitimität und Akzeptanz deutscher Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland wie in der Staatengemeinschaft von zentraler Bedeutung.

Dass deutsche Streitkräfte außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung nur zur internationalen Friedenssicherung und Rechtsdurchsetzung im Auftrag bzw. im Dienst der UN zum Einsatz kommen dürfen, sollte endlich auch im Grundgesetz klargestellt werden. Die UN-geführte, multidimensionale Friedenssicherung braucht Deutschland nicht nur als verlässlichen Beitragszahler, sondern auch mit mehr Personal, vor allem mit Polizisten, mit besonderen militärischen Fähigkeiten und mit Zivilexper-

2014 mindestens 150 Schusswechsel und Gefechte. Bericht der Kommission zur Untersuchung des G36-Sturmgewehres in Gefechtssituationen, Berlin 2015, S. 24 f.

ten. Wo die UN in einer zunehmend aus den Fugen geratenden Welt ein Ort gemeinsamen globalen Handelns sind, ist die bisherige Vernachlässigung UN-geführter Missionen (Januar 2016 Platz 61 der Personalsteller) besonders kurzsichtig.

Aus der Not, in Afghanistan von der Stabilisierung in die Aufstandsbekämpfung mit Gefechten gerutscht zu sein, darf keine politische Tugend gemacht werden. Ein Irrweg wäre die Verabsolutierung kinetischer Operationen. Die Hauptperspektive deutscher Beteiligung an internationalen Kriseneinsätzen sollte weiterhin Friedenssicherung und -unterstützung, Stabilisierung und Schutz der Zivilbevölkerung sein. Hier gibt es weiterhin den größten Bedarf und relativ größte Erfolgsaussichten. Gefordert ist dafür das gesamte Fähigkeitsspektrum mit der Kampffähigkeit als Grundlage. Zum völkerrechtlichen Gebot der Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) gehören im äußersten Fall auch Operationen zur Verhütung und Eindämmung von Massengewalt.

Zielklarheit und Kohärenz: In Deutschland und bei vielen Verbündeten ist nicht der Glaube an militärische „Lösungen“ das Problem, sondern eine politische Strategie- und Führungsschwäche, die einhergeht mit einer strukturellen Militärlastigkeit und mageren zivilen Kapazitäten. Grundpflicht der Träger des Primats der Politik ist, eingebettet in politische Konfliktlösungsbemühungen klare und glaubwürdige Mandate zu formulieren und alles dafür zu tun, dass die Aufträge auch erfüllbar und verantwortbar sind.

Beim ISAF-Einsatz erwies sich im Laufe der Jahre die herkömmliche Art der Mandatsformulierung als zunehmend problematisch. Die Einsatzziele blieben allgemein und wurden nicht operationalisiert. Das behinderte von Anfang an eine seriöse Bewertung, wieweit der Auftrag umgesetzt wurde. Losgelöst von der konkreten Lageentwicklung verschwiegen die Mandatsziele den einschneidenden Wandel von der Friedenssicherung der ersten Jahre zur „Friedens erzwingung“, wo Frieden offenkundig verloren gegangen war – im Klartext Aufstandsbekämpfung. Die mangelnde Auftragsklarheit des Bundeswehrmandats fand seine Entsprechung auf der politisch-zivilen und polizeilichen Seite, wo es noch mehr an klaren und überprüfbaren Zielen mangelte.

Unterhalb der hehren UN-Mandatsziele beginnt oft die Zerklüftung der Ziele und Interessen – zwischen Verbündeten, Ressorts, staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Die Inkohärenz von Kriseneinsätzen verschärft sich, wo im selben Einsatzgebiet neben UN-mandatierten auch unilaterale, gar Geheimeinsätze in völkerrechtlichen Grauzonen stattfinden und Legitimität zersetzen. Beim Afghanistan-Einsatz kam es deshalb immer wieder zu erheblichen Kollisionen, zu menschlichen und politischen „Kollateralschäden“.

Aussichtsreiche Friedenssicherung ist angewiesen auf bestmögliches Zusammenwirken, Kohärenz und kompatible Ziele auch auf der operativen Ebene. Ressortgemeinsame Strukturen, akteursübergreifendes Erfahrungslernen, Ausbilden und Üben sind dafür unverzichtbar. Das gilt vermehrt angesichts der transnationalen, hoch dynamischen und langwierigen Krisen und Kriege der Gegenwart, wo das Krisen-Multitasking die Internationale „Gemeinschaft“ strukturell überfordert. Die Tatsache, dass Deutschland nur immer Beiträge zu multilateralen Einsätzen leistet, entbindet nicht von der Mitverantwortung für die Sinnhaftigkeit des Gesamteinsatzes.

Angemessene und ausgewogene Fähigkeiten: Der Kräfteansatz eines Bundeswehreininsatzes muss aus dem für die Auftragserfüllung Notwendigen abgeleitet werden und Spielraum für plötzliche Lageveränderung beinhalten. Obergrenzen primär nach innenpolitischen Opportunitätsvermutungen – wie „gebrochene Preise“ nach dem Muster 9,99 Euro - sind verantwortungslos.

Zwischen den verschiedenen staatlichen Instrumenten der Krisenbewältigung besteht ein Gefälle der Kapazitäten, Verfügbarkeiten und Wahrnehmung, das immer wieder zu einer Falle wird: Relativ schnell verfügbar sind Streitkräfte mit ihrem besonders breiten Fähigkeitsspektrum. Nicht schnell

verfügbar sind Polizisten, Kräfte für Sicherheitssektorreform, Rechtsstaatsförderung sowie Verwaltungsaufbau. Doch gerade diese werden in Post-Konflikt-Situationen besonders dringend gebraucht. Um den Auftrag bestmöglich erfüllen zu können, sind schnelle und durchhaltefähige zivile und polizeiliche Kräfte unabdingbar.

Bei Mandatsentscheidungen zu Schwerpunkteinsätzen sollten deshalb parallel zu den militärischen Aufgaben und Fähigkeiten auch zivile und polizeiliche Aufgaben und Fähigkeiten sowie die dafür bereit zu stellenden Ressourcen benannt werden.⁶ Die Absicht dabei ist, die nichtmilitärische Dimension eines Kriseneinsatzes regelmäßig und angemessen in den Blick zu nehmen und entsprechende Handlungsfähigkeit zu verbessern. Keineswegs sollen damit die nichtmilitärischen Komponenten eines Einsatzes einer konstitutiven Zustimmungspflicht unterworfen werden. Das würde die Handlungsfreiheit der Exekutive erheblich einschränken und eine engagierte Krisenbewältigung eher behindern.

Wirkungsorientierung: Ausschlaggeben für deutsche Beteiligungen an internationalen Kriseneinsätzen waren oftmals bündnispolitische Loyalitäten oder symbolpolitische Erwägungen, weniger der Wille, eine bestimmte politische Wirkung auch tatsächlich zu erzielen. Das kann in Einzelfällen legitim sein, war im Fall des Afghanistaneinsatzes aber ein fundamentales Handicap – und verantwortungslos gegenüber den dort eingesetzten in Frauen und Männern.

Generell muss sich deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ehrlicher machen und die verbreiteten Mechanismen und Mentalitäten von Schönrederei, Realitätsverleugnung und Selbstzufriedenheit überwinden. Diese gefährden Einsatzerfolge und gehen letztendlich auf Kosten der in hohe Risiken entsandten.

Wirksame Unterstützung von Krisenbewältigung, Stabilisierung und Friedenssicherung braucht

- genaues Hinsehen: sorgfältige Konfliktanalysen, hohe interkulturelle und Lokalkompetenz, Bodenhaftung, darauf aufbauend erfüllbare und überprüfbare Ziele (*endstate, benchmarks*) und einen realitätstüchtigen Erwartungshorizont;
- Klarheit über die sehr unterschiedlichen Reichweiten, Wirkungschancen, Stärken und Schwächen der verschiedenen Akteure, Instrumente und Maßnahmen (keiner schafft es allein);
- unabhängige und systematische Wirkungsbeobachtungen, -analysen und Evaluierungen;
- konstruktive Kooperationspartner nicht nur in der Internationalen Gemeinschaft, sondern vor allem auch in den Krisenregionen; ohne lokale Partner und local ownership ist extern gestützte Krisenbewältigung und Stabilisierung aussichtslos;
- Bereitschaft und Fähigkeit zu Selbstreflexion und Selbstkritik und einen konstruktiven Umgang mit Fehlern. Der *do-no-harm*-Grundsatz (Vermeidung eigener kontraproduktiver Wirkungen) muss für alle Handlungsfelder gelten, nicht nur für die Entwicklungszusammenarbeit. Zur Entwicklung einer Fehlerkultur könnten auch die Fraktionen des Bundestages beitragen, wenn die Aufklärung und Überwindung von Fehlern den Vorrang bekäme vor der parteipolitisch motivierten, reflexhaften Suche nach „Schuldigen“.

Sicherheitspolitik ist fokussiert auf die Wahrnehmung und Abwehr von Risiken und Bedrohungen für die eigene und kollektive Sicherheit, also eher reaktiv. Zu kurz kommt dabei die Wahrnehmung und das Nutzen von Chancen. Der Afghanistaneinsatz steht exemplarisch für viele vertane und vergessene Chancen. Regelmäßige Chancenanalysen können die Voraussetzungen schaffen für ein viel mehr proaktives Handeln bei Stabilisierung, Aufbauunterstützung und Friedensförderung. Unabdingbar

⁶ Winfried Nachtwei, Stellungnahme bei der öffentlichen Sitzung der Bundestags-Kommission Parlamentsrechte und Auslandseinsätze am 11. September 2014 im Deutschen Bundestag, www.bundestag.de/bundestag/gremien/18/auslandseinsaetze

sind Nüchternheit und Ehrlichkeit, Konsequenz und langer Atem. Das im oft kurzatmigen Politik- und Medienalltag durchzuhalten, ist möglich, aber eine besondere Herausforderung.

Parlamentsbeteiligung: Der Deutsche Bundestag hat bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine so starke Stellung wie nur wenige andere Parlamente. Die Parlamentsbeteiligung geschieht im Informationszugang, im Budgetrecht, in unterschiedlichen Graden an Mitsprache und Mitentscheidung. Grundvoraussetzung einer verantwortlichen Mitwirkung des Bundestages ist ein früher, verlässlicher und qualifizierter Informationszugang. Zu oft beschränkten sich Unterrichtungen auf Einzelereignisse und Maßnahmen, mangelte es an Informationen zu Trends und Schwerpunkten.

Auch wenn der Bundestag einen Mandatsantrag der Bundesregierung nur billigen oder ablehnen kann, hätte er sehr wohl Einfluss nehmen können auf die Klarheit, Glaubwürdigkeit und Erfüllbarkeit von Mandaten, die Angemessenheit und Flexibilität des Kräfteansatzes sowie eine verlässliche Wirksamkeitskontrolle. Die dafür notwendige souveräne Loyalität gegenüber der eigenen Regierung brachten die sie tragenden Koalitionsfraktionen aber meist nicht auf. Stattdessen stand oft die Mikrokontrolle im Vordergrund – auch auf Seiten der Opposition. Die wichtigste und dringendste Konsequenz aus dem Afghanistaneinsatz für das Parlament ist, dass es seine politische Kernaufgabe bei Mandatierung, Ausstattung und Wirkungskontrolle sorgfältiger wahrnimmt und die zivilen Komponenten gleichermaßen in den Blick nimmt. So könnte auch in den letzten Jahren bei Soldaten verlorenes Vertrauen wieder zurückgewonnen werden. Dass der Entwurf zu einem neuen Parlamentsbeteiligungsgesetz Evaluierungsberichte vorschreibt, ist ein wichtiger, sehr lange überfälliger Fortschritt.

Im Laufe des ISAF-Einsatzes bestand ein Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip „Führen mit Auftrag“ und der Notwendigkeit einer konstruktiven Fehlerkultur einerseits und der parlamentarischen Kontrollpraxis andererseits. Die parlamentarische Kontrolle konnte zur schnelleren Behebung von Mängeln im Einsatz beitragen, als Mikrokontrolle mit vorschnellen Schuldvorwürfen aber auch ein Absicherungsdenken befördern und Fehlerkultur behindern. Wenn sich das in den letzten Jahren gebessert haben sollte, wäre das sehr zu begrüßen.

Kommunikation und Einsatzrückkehrer: Im Unterschied zu grundsätzlich unstrittiger Landesverteidigung muss jeder Kriseneinsatz für sich konkret und fortlaufend begründet und legitimiert werden. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz hierzulande sind Kriseneinsätze bewaffneter Streitkräfte auf Dauer nicht durchhaltbar. Sie kann nur durch anschauliche, glaubwürdige, öffentliche Kommunikation erworben werden, die Fortschritte, Schwierigkeiten und Fehlschläge offen benennt. Sie braucht Gesicht und einen ressortgemeinsamen Ansatz. An beidem hat es in der Vergangenheit elementar gefehlt. Wo inzwischen Zweifel an Sinn, Wirksamkeit und Verantwortbarkeit von Auslandseinsätzen verbreitet sind, ist die systematische, (selbst)kritische und öffentliche Auswertung der Auslandseinsätze nach mehr als 20 (!) Jahren Erfahrung damit mehr als überfällig.

In Deutschland gibt es Abertausende Rückkehrer aus Kriseneinsätzen – Soldaten, Entwicklungshelfer, Polizisten, Diplomaten. Statt des verbreiteten Desinteresses verdienen sie seitens der Politik, der Arbeitgeber und der Gesellschaft Aufmerksamkeit und verlässliche Unterstützung. In der – zum Glück - friedensgewohnten deutschen Gesellschaft leben jetzt Tausende Menschen, die Anschläge, Gefechte, Krieg erlebt haben, die verwundet wurden, Kameraden und Angehörige verloren, die selbst verwundet und getötet haben. Sie brauchen ganz besonders Interesse, Gesprächsoffenheit, Fürsorge. Die Erfahrungen und Kompetenz der Rückkehrer insgesamt sind ein Potenzial, das ganz anders zur Förderung der friedens- und sicherheitspolitischen Bildung und Debatte genutzt werden sollte. Der seit 2013 von Außen-, Verteidigungs- und Innenministerium veranstaltete „Tag des Peacekeepers“ ist ein wichtiger Fortschritt zur besseren Wahrnehmung derjenigen Frauen und Männer, die Tag für Tag unter hohen Belastungen und Risiken internationale Verantwortung praktizieren.

Es geht doch!
**Unabhängige Kommission evaluiert das norwegische
zivile + militärische Engagement in Afghanistan 2001-2014**

Winfried Nachtwei⁷

Am 6. Juni 2016 legte eine vom norwegischen Außen- und Verteidigungsminister berufene unabhängige Evaluierungs-Kommission ihren 230-seitigen Abschlussbericht vor: „*A good ally: Norway in Afghanistan*“. Norwegen schafft damit etwas, was die Bundesregierung bis heute – trotz immer wiederholter Forderungen aus dem Bundestag seit 2006! – nicht zustande gebracht hat. Die Kommission sollte die Gesamtheit der der norwegischen Beiträge zum internationalen Engagement in Afghanistan von 2001 bis 2014 bewerten und Schlussfolgerungen für die künftige Beteiligung an internationalen Operationen ziehen. Geleitet wurde die seit Januar 2015 arbeitende zehnköpfige Kommission von Björn Tore Godal, ehemaliger sozialdemokratischer Parlamentsabgeordneter (1986-2001), norwegischer Außenminister (1994-1997), Verteidigungsminister (2000-2001) und Botschafter in Berlin (2003-2007) (https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/commission_afghanistan/id2341692/)

Bisher ist der Bericht nur in Norwegisch erschienen, eine Übersetzung ins Englische folgt ... Zwei Mitglieder der Kommission, die Forscherinnen Astri Suhrke und Torunn Wimpelmann vom Christian Michelsen Institute (CMI) in Bergen, haben die Ergebnisse zusammengefasst (<http://www.cmi.no/news/1711-a-good-ally-norway-in-afghanistan>).

Die Kernthesen des Berichts:

- Das Gesamtergebnis des internationalen Engagements sei deprimierend. Die Taliban seien stärker als je zuvor seit 2001. Andauernde Feindseligkeiten würden die Chancen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung unterminieren. Sie drohen, alle bisher erreichten Fortschritte rückgängig zu machen, und schwächen die Möglichkeiten, ein stabiles, funktionierendes, demokratisches Staatswesen aufzubauen.
- Diese Zustände kontrastieren mit den Kosten der Operation: Schätzungsweise 90.000 Afghanen und Ausländer seien getötet worden. Die militärischen Gesamtausgaben würden auf 4.500 Mrd. NOK (über 420 Mrd. Euro) und die Entwicklungsausgaben auf 357 Mrd. NOK (um 32 Mrd. Euro) geschätzt.
- Die internationalen Akteure hätten Afghanistan und die lokalen Bedingungen, Kultur und Konfliktlinien nur begrenzt verstanden. Die Ziele und Ansätze der Afghanistanoperationen waren zeitweilig inkonsistent und widersprüchlich. Militärische Überlegungen trieben die Agenda von Statebuilding und Entwicklung. Die Strategie der internationalen Koalition bei der Bekämpfung von Terrorismus und Aufstand priorisierte kurzfristige Sicherheitsziele. Das stärkte lokale Machtstrukturen, die korrupt und missbräuchlich waren.
- Extern gestütztes Statebuilding – basierend auf militärische Aktivitäten in großem Umfang, massiven Finanztransfers und schwachen Institutionen – sei extrem schwierig, in Afghanistan mit seiner von Krieg und Aufruhr gespaltenen Gesellschaft erwies es sich als unmöglich.

⁷ Eine vom norwegischen Außen- und Verteidigungsminister eingesetzte unabhängige Kommission legte jetzt ihren Evaluierungsbericht zum norwegischen Engagement in Afghanistan von 2001 bis 2014 vor. In Berlin hatten Bundesregierungen und Koalitionsmehrheiten bisher nicht die Kraft dazu (Winfried nachtwei).

Zentrale politische Empfehlungen: (...)

- Interventionen, die einen Regime-Change einschließen, seien ressourcen-intensiv und würden mehr Konflikt schaffen. Erfolgreiches Statebuilding während eines bewaffneten Konflikts sei schwierig, wenn nicht unmöglich zu erreichen. Internationales Engagement in Statebuilding müsse deshalb auf inklusiven politischen Lösungen oder ausgehandelten Vereinbarungen basieren. Versuche, Verhandlungsergebnisse zu erreichen, müssten früh beginnen.

Das CMI veröffentlichte im Juni eine „*Review of Norwegian development assistance to Afghanistan 2011-2014*“ (<http://www.cmi.no/publications/5852-review-of-norwegian-development-assistance-to>)

Alarmsignale, Hoffnungszeichen – Afghanistan-Nachrichten, die hierzulande nicht durchdringen

Winfried Nachtwei (13.12.2015)⁸

Größte Massendemonstrationen gegen politische Gewalt seit Jahrzehnten

Am 11. und 12. November 2015, unmittelbar von den Terroranschlägen von Paris am 13.11., erlebte Afghanistan die laut TOLONews größte Welle an Demonstrationen seit mehr als 40 Jahren. Zehntausende demonstrierten in Kabul, Jalalabad, Mazar-e Sharif, Herat, Zabul City, insgesamt in 26 Provinzen. In Kabul sollen es allein etwa 20.000 Menschen gewesen sein, darunter Tausenden Frauen, aus allen ethnischen Gruppen, jung und alt.

<http://www.tolonews.com/en/afghanistan/22305-zabul-seven-tragedy-sparks-unity-across-country>

Die Proteste richteten sich gegen die Ermordung von sieben Hazara – vier Männern, zwei Frauen und eines neunjährigen Mädchens – in der Provinz Zabul wenige Tage zuvor. Den im vorigen Monat (andere Quelle vor Monaten) in der Nachbarprovinz Ghazni Entführten wurde die Kehle durchgeschnitten. Afghanische Medien bezeichneten Taliban bzw. IS-Anhänger als Täter. Zu den Hintergründen und mutmaßlichen Tätern genauer Thomas Ruttig,

<https://thrutrig.wordpress.com/2015/11/11/proteste-gegen-mord-an-zabul-sieben-in-kabul/>

Die Demonstration in Kabul begann im West-Kabuler Hazara-Viertel und ging über acht Kilometer Richtung Präsidentenpalast zum Paschtunistan-Platz. Demonstranten trugen die Särge der Ermordeten, Frauen den Sarg des Mädchens. „Die Protestierenden in Kabul trugen Banner und riefen Slogans gegen die Taleban, Pakistan und auch die Regierung Ghanis. Einiger der Banner sagten: „Heute töten sie uns, morgen töten sie euch“, „Beendet die Politik des Schweigens gegenüber der Gewalt!“, „Wir haben unsere Stimmen vereinigt, um uns zu befreien“, „Daulat, Daulat – Amniat, Amniat“ (svw. „Regierung, (wir wollen) Sicherheit“)" (T. Ruttig). Auf youtube ein Video von der Demo und den Frauen

⁸ Anm. U.T.: Dieser Beitrag datiert zwar auf Dezember 2015, wir veröffentlichen ihn dennoch wegen seiner bleibenden Aktualität und Aussagekraft. Über weitere Massenproteste und die nach wie vor sehr schlechte Sicherheitslage informieren u.a. folgende Beiträge von Winfried Nachtwei:

<http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1421> und

<http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1417>

dabei: https://www.youtube.com/watch?v=UjdCV6p_gQ8. Fotos von den Massenprotesten in Kabul gegen die auf dem Blog Gandhahar <http://gandhara.rferl.org/media/photogallery/afghanistan-hazara-beheadings-security/27357954.html>

Stärkung der beruflichen Bildung

Im Februar 2015 besuchte ich den **Technical Vocational Education & Training (TVET) Campus Takhta Pul** bei Mazar-e Sharif. Der Campus umfasst ein **Agricultural & Veterinary Institute/AVI**, eine Berufsschullehrer-Akademie (**Technical Teacher Training Academy/TTTA**) und eine Technikerschule (**Engineering College**). Im Februar waren die Bauarbeiten bei den ersten beiden Einrichtungen abgeschlossen. Das AVI zieht im Dezember ein. Die Bauarbeiten für das Engineering College hatten im Februar gerade begonnen. Sie sind inzwischen abgeschlossen.

Fotos zum jetzigen Stand (November 2015) des TVET Campus Takhta Pul unter www.facebook.com/winfried.nachtwei : Studenten des AVI bereiten Felder für das nächste Frühjahr vor; Prüfung von Helfern für die bevorstehende Volkszählung nach vier Wochen Ausbildung.

In Kunduz hat die Agricultural High School/AHS nach der zeitweiligen Besetzung der Stadt durch die Taliban (September) inzwischen wieder den Schulbetrieb aufgenommen. Viele Scheiben waren durch Schüsse zerstört, der Wassertank war von einem größeren Geschoss getroffen worden. Die Studierenden (910 eingeschrieben, davon 170 Frauen) lernen wieder und sollen gute Dinge sein. Fotos unter www.facebook.com/winfried.nachtwei . Die AHS Kunduz wurde im März 2014 eröffnet und bietet 480 Studienplätze pro Jahrgang.

<http://www.ez-afghanistan.de/de/publikationen/pressemitteilungen/aktuelles/article/new-agricultural-high-school-inaugurated-in-kunduz.html>

Landesweit gibt es inzwischen ca. 100 Agricultural High Schools, 2011 waren es erst dreißig. Seit 2011 ist das niederländische Wageningen University & Research Centre for Development Innovation Projektpartner der afghanischen Regierung bei der inhaltlichen Reform der landwirtschaftlichen Berufsausbildung, angefangen beim neuen National Agricultural Education College in Kabul. Hier erhalten künftige AHS-LehrerInnen eine zweijährige Ausbildung.

<https://www.wageningenur.nl/en/show/Improving-agricultural-education-in-Afghanistan.htm>

Das Berufsbildungsprojekt wäre auf deutsche Verhältnisse bezogen Alltag und nur von lokaler Bedeutung. Für Aufbau und Friedensentwicklung im kriegszerrütteten, tief armen Afghanistan ist ein solches Projekt aber ein Leuchtturm sondergleichen:

Perspektiven, Lebenschancen für junge Leute eines sehr jungen Volkes – und damit auch Fluchtursachenbekämpfung ganz konkret.

Dass diese auf minimale Sicherheit angewiesen ist, ist am Beispiel Kunduz unübersehbar.